Mittwoch, den 6. Dezember 1922. 94. Jahrgang. — Nr. 285.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 650.— Mk., (im voraus zahlbar) frei Haus, durch die Post bezogen monatlich 650.— Mk. mit Bestellgeld. — Erscheint an allen Werktagen morgens. Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Kostenlose Unfall-Unterstützung von 3000 Mark gemäß unseren Bedingungen.

Druck: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbez. 10.— Mk., Familienanzeigen 8.— Mk., Stellengesuche 8.— Mk., außerhalb 15.— Mk., Finanzanzeigen 18.— Mk. für 1 mm Höhe u. 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil, 77 mm breit für 1 mm 55.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsw. Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Empfang des franz. Botschafters durch den Reichspräsidenten.

Berlin, 5. Dez. Der Reichspräsident empfing den neuernannten französischen außerordentlichen bevollmächtigten Botschafter Jasquin de Margerie zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Bei dem Empfange war in Vertretung des Reichsministers des Auswärtigen Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Haniel zugegen.

Der Botschafter hielt folgende Ansprache:

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen das Schreiben zu überreichen, mit dem der Präsident der französischen Republik mich bei Ihnen als außerordentlichen bevollmächtigten Botschafter beglaubigt. Berufen, mein Land bei der deutschen Republik zu vertreten, wird es mir am Herzen liegen, nichts zu unterlassen, um die Absichten meiner Regierung zu verwirklichen, die darauf abzielen, in friedlicher Arbeit an der Aufrechterhaltung jener politischen und wirtschaftlichen Stabilität Europas mitzuarbeiten, die allein nach so großen Erschütterungen die Nationen in die Lage versetzen kann, in gegenseitigem Vertrauen ihren Entwicklungsgang wieder aufzunehmen. Alle meine Bemühungen werden darauf gerichtet sein, inmitten des deutschen Volkes einen Beweis für den aufrichtigen Wunsch meiner Regierung zu liefern, daß zwischen Frankreich und Deutschland im Rahmen des Friedensvertrages, der die Voraussetzungen ihres Verhältnisses zueinander geregelt hat, die Beziehungen wieder hergestellt und entwickelt werden, die für ein Einvernehmen und den Fortschritt dieser neuen Welt unentbehrlich sind, von welcher die Geschichte erwartet, daß sie noch mehr als ihre Vorgänger zum Triumph der Zivilisation und zur Herrschaft der menschlichen Gerechtigkeit beitragen werde. Für die Erfüllung dieser hohen Aufgabe bringe ich neben jenem leidenschaftlichen Wahrheitskult und jenem entschlossenen Streben nach Einhaltung des richtigen Maßes, wie sie die französische Tradition aufweist, die unerschütterliche Absicht mit, die Rechte meines Landes zu wahren und diejenigen Deutschlands zu achten. Indem ich Sie bitte, Herr Präsident, den Ausdruck meiner aufrichtigsten Wünsche für Ihre Person und für die deutsche Nation zu genehmigen, gestatte ich mir dem Vertrauen Ausdruck zu geben, daß Sie vermöge der hohen Autorität, die Ihnen sowohl Ihre persönlichen Eigenschaften als auch das von Ihnen verwaltete hohe Amt verleihen, ebenso wie Ihre Regierung mir die Unterstützung angedeihen lassen werden, ohne die meine Bemühungen Gefahr laufen würden, nicht alle ihre Früchte zu tragen.

Der Reichspräsident erwiderte mit folgenden Worten:

Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, aus Ihren Händen das Schreiben entgegenzunehmen mit dem der Präsident der französischen Republik Sie als außerordentlichen bevollmächtigten Botschafter bei mir beglaubigt. — Mit Genugtuung nehme ich die Wünsche entgegen, die Sie Deutschland und mir aussprechen. Seien Sie versichert, daß die Reichsregierung alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um Ihre hohe Aufgabe zu erleichtern und jene Stabilität der Verhältnisse herzustellen, die Sie mit Recht als ein Ziel der Gegenwart bezeichnen. Jener Sinn für Maß und Wahrheit, den Sie erwähnen, wird dabei entscheidend mitzuwirken haben, und Ihre Worte verbürgen mir, daß Sie aufrichtig bemüht sein werden, an der Beruhigung der Geister mitzuarbeiten, die unseren beiden Ländern so dringend nottut. Indem Sie die Ihnen neuen Verhältnisse und die sich schwerer und schwerer gestaltende Lage des Deutschen Volkes unmittelbar auf sich wirken lassen werden, werden Sie Gelegenheit finden, mit Ihrer reichen diplomatischen Erfahrung dem Frieden zu dienen. — In der Hoffnung, daß Ihre Arbeit reiche Früchte tragen wird, heiße ich Sie willkommen.

Hieran schloß sich eine Unterhaltung, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsidenten auch die Mitglieder der Botschaft vorstellte.

Poincare und die Brüsseler Vorkonferenz.

Die „Times" meldet aus Paris, von bestunterrichteter Seite verlaute, daß Poincare nicht die Absicht habe, nach London mit einem schriftlichen Plan zur Lösung des Reparationsproblems zu kommen. Er erwarte auch nicht, daß die Premierminister der übrigen alliierten Länder einen Plan unterbreiten werden. Dem Berichterstatter zufolge kann kaum daran gezweifelt werden, daß die französische Regierung einen Plan ausgearbeitet hat, sie will ihn jedoch, wenn überhaupt, dann erst in Brüssel vorlegen.

Die Brüsseler Konferenz erst am 15. Januar.

„Petit Parisien" und „Matin" melden: Es wird ein Gesamtprogramm für Brüssel entworfen, das in großen Zügen bereits fertig ist. Die Rechnung der Reparationsanleihe, die Deutschland nach diesem Programm annehmen soll, muß noch revidiert werden. Erst auf der Brüsseler Konferenz wird endlich die endgültige Antwort der Ententenote auf die letzte deutsche Reparationsnote vom 14. Dez. beschlossen und erteilt werden.

Kleinarbeit im Reichstag.

Deutscher Reichstag.

276. Sitzung vom 5. Dezember.

Abg. **Budjuhn** (Dn.) erhält auf seine Bitte, daß die wohlerworbenen Rechte der deutschen Ansiedlerin Polen geschützt werden, zur Antwort, daß die Regierung mit allem Nachdruck für die deutschen Ansiedler eintreten werde.

Auf eine Anfrage des Abg. **Schulz** (Dn.), der an die Mitteilung des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth über eine Verschwörung gegen sein Leben erinnert und nach dem Ergebnis der Untersuchung fragt, teilte Geheimrat **Werner** mit, daß die Angaben eines gewissen Schulz über eine Verschwörung gegen das Leben des Kanzlers sich schließlich als eine freie Erfindung herausstellte.

Abg. **Adams** (Dt. Vpt.) fordert Maßnahmen gegen die Rädelsführer, die in verschiedenen Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, wie Köln, Mülheim, Düsseldorf usw., größere Unruhen mit Plünderungen verursacht haben. Ein Regierungsvertreter erklärt, daß es gelungen ist, die Ordnung wiederherzustellen, nachdem die Besatzungsbehörde die Heranziehung von Verstärkungen aus dem unbesetzten Gebiet gestattet hat. Strafverfahren sind eingeleitet. Da die preußischen Maßnahmen genügen, hat das Reich keinen Anlaß, einzuschreiten.

Abg. **Schiffer** (Dem.) führt Beschwerde über die Verletzung des Genfer Abkommens seitens der Polen. Ministerialdirektor von **Maltzahn** erwidert, daß die deutsche Regierung nicht dulden werde, daß die Rechte der deutschen Minderheiten beeinträchtigt werden.

Eine Anfrage des Abg. **Henuecker** (Ztr.) weist auf Pressenachrichten über Verschiebung von Vieh ins Ausland hin. Oberregierungsrat Dr. **Heinitz** erwidert, daß nicht anzunehmen sei, daß solche Verschiebungen über die Grenze den Behörden entgehen.

Ein Gesetzentwurf über den Alkoholmißbrauch — Anfrage Frau **Müller-Ottfried** (Dn.) — wird nach Abschluß von Besprechungen mit den Interessenten vorgelegt werden.

Auf eine Beschwerde der Abgg. **Wulle** und **Henning** (Deutschvölkisch) über die Auflösung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, erklärt ein Regierungsvertreter, daß die Reichsregierung zur Erörterung dieser Sachen keinen Anlaß habe. Die preußische Regierung werde das Verbot nachprüfen.

Es folgt die

zweite Beratung des 7. Nachtragsetats zum Haushaltsplan.

Damit verbunden wird die Vorlage über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten.

Abg. **Frölich** (Komm.) fordert die Abschaffung der Präsidentenstelle. Es handele sich hier um das Gehalt eines ganz überflüssigen Menschen. Er sei nur der Platzhalter für den kommenden Monarchen.

Dem Haushaltsplan des Reichspräsidenten wird darauf zugestimmt. Die Ruhegehaltsvorlage geht an den Hauptausschuß. Angenommen wird eine Entschließung, wonach Dienstkraftwagen jeder Art nur zu rein dienstlichen Zwecken benutzt werden dürfen.

Beim Haushalt des Reichsjustizministeriums fragt Abg. Dr. **Rosenfeld** (Soz.) nach der Justizreform und nach der Rolle, die die bayerische Polizei bei der Verhaftung Ehrhardts gespielt habe.

Abg. **Bell** (Ztr.) spricht sich gegen jede Erleichterung der Ehescheidung aus und verweist auf die Notlage des deutschen Anwaltsstandes.

Reichsjustizminister Dr. Heintze

hebt hervor, daß gegenüber den großen politischen und wirtschaftlichen Fragen die Justiz einstweilen etwas zurücktreten müsse. Der Rechtsanwaltschaft soll nach Möglichkeit geholfen werden. Die wichtige Frage der Verbindung der Justiz mit unserem sozialen Leben und die Frage der Arbeitsgerichte werde in modernem Geiste gelöst werden. Die Ehescheidungsfrage solle so gelöst werden, daß Schärfen gemildert werden. Ganze Volkskreise dürfen aber nicht gegen ihren Willen vor den Kopf gestoßen werden. (Zustimmung rechts und in der Mitte.) Ueber den Fechenbachprozeß werde er im Auswärtigen Ausschuß Aufschluß geben. Der Justizminister stellt darauf fest, daß die Münchener Polizei dem Reichsgerichtsrat Dr. Metz, der die Verhaftung Ehrhardts vornahm, alle Unterstützung zuteil werden ließ. Gegenteilige Behauptungen entbehrten jeder Unterlage. Dr. Heintze versichert, daß er das Reichsrecht überall durchführen werde und erbittet dabei die tatkräftige Unterstützung des Reichstages. Die Klassenjustiz, soweit überhaupt noch davon gesprochen werden könne, müsse bekämpft werden. Aufgabe des Justizministers sei es, die Justiz über die Parteien hinaus zu heben, sie zu einer unparteiischen Instanz zu machen, damit die Gesetze in dem Sinne angewendet werden, in dem sie erlassen worden sind.

Damit ist der Haushalt des Reichsjustizministeriums erledigt. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch nachmittag 3 Uhr nachmittag: Sozialdemokratische Interpellation über die Preissteigerungen, Aenderung des Reichswahlgesetzes, weitere Haushaltspläne.

In London hält man die Vorbesprechung, die voraussichtlich von Samstag bis Mittwoch dauern wird, für wichtiger als die Brüsseler Konferenz, denn die Einigung der vier Ministerpräsidenten in London wird der Brüsseler Konferenz die festen Richtlinien geben. Deshalb ist man in London überzeugt, daß man nach erfolgter grundsätzlicher Vereinigung ohne weiteres Poincarés Zustimmung zu einer technisch unvermeidbaren Verschiebung der Brüsseler Konferenz auf den 15. Januar erhalten werde.

Auch in Belgien Kabinettskrise.

Von unserem Brüsseler Mitarbeiter.

Die Entwicklung der flämischen Frage hat bereits vor einiger Zeit zu Gerüchten über einen bevorstehenden Rücktritt des Ministerpräsidenten Theunis Anlaß gegeben. Die Demonstrationen der Flamen, ihr Kampf für die flämische Sprache in Schule und Universität hat zu verschiedenen Unstimmigkeiten geführt, die sich schon fast zu einer Krise auszuwachsen drohten. Nun sind aber noch größere Schwierigkeiten durch die offensichtliche Aenderung hervorgerufen worden, die Belgien in seiner Haltung im Hinblick auf die Reparationsfrage vorgenommen hat. Hatte es sich doch bisher immer, obwohl es als Schiedsrichter aufzutreten versuchte und Kompromisse vorschlug, auf die Seite Frankreichs gestellt. Nun haben aber die belgischen Minister und an ihrer Spitze Theunis einen anderen Weg eingeschlagen und sich jenseits des Kanals um neue Freundschaften umgetan. So ist es denn gekommen, daß die Brüsseler Regierung merklich von der Politik Poincarés abrückte und nach England hinüberneigte. Das hat die Rechte des Brüsseler Parlaments äußerst verbittert und bei der bevorstehenden Militärdebatte in der Kammer dürfte denn ein Mißtrauensvotum für Theunis zustandekommen. Die reaktionären Gruppen des belgischen Parlaments verlangen nämlich nach wie vor die strikte Befolgung der von Poincaree vorgeschlagenen Richtlinien. Allerdings steht auch Herr Poincaree vor innerpolitischen Schwierigkeiten und die Kampfansage des Herrn Loucheur scheint alsbald ihre Wirkungen zu zeitigen.

Das englische Unterhaus und die Besetzung des Ruhrgebiets.

London, 5. Dez. Im Unterhause fragte Kennworthy den Premierminister, ob er irgendwelche Informationen bezüglich der Pläne der französischen Regierung, einen Teil des Ruhrbeckens zu besetzen, eine französische Verwaltung dort und in andern besetzten Gebieten des Rheinlandes einzurichten, besitze, desgleichen, ob die britische Regierung in dieser Frage zu Rate gezogen wurde.

Bonar Law erwiderte, die Antwort auf beide Fragen laute verneinend. Kennworthy fragte hierauf: Werden wir, wenn irgendeine Information in dieser Frage einläuft, unterrichtet werden, bevor wir auseinandergehen? Bonar Law erwiderte: Jede Information, die zu geben möglich ist, wird sicher erteilt werden. Wedgewood Ben fragte: Ist die Regierung durch die Erklärung der alten Regierung gebunden, daß sie an keinerlei militärischen Operationen teilnehmen wird? Bonar Law antwortete: Es ist mir unbekannt, daß die alte Regierung eine solche Erklärung abgab. Wenn ich mich nicht täusche, bezog sich diese auf einen besonderen Vorschlag. Dies darf jedoch nicht so ausgelegt werden, als ob ich irgendeine Meinung ausdrücke. Wedgewood fragte hierauf: Kann es nicht zur Klärung der Lage beitragen, wenn hier eine Erörterung darüber stattfindet? Bonar Law erwiderte: Ich bin nicht dieser Ansicht.

Ein amerikanisch-türkischer Freundschafts-Vertrag.

Aus Newyork meldet man: Der bekannte republikanische Senator Folott aus Wisconsin forderte die Regierung auf, unverzüglich mit der Türkei einen Sondervertrag zu schließen, durch den Amerika der besondere Freund dieses Staates werden solle.

Poincare und Cuno.

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.

Nimmt man aus der chaotischen Menge der gegen- und durcheinander kämpfenden, die Lage so ungeheuer komplizierenden Kräfte verschiedenster Art in der Weltpolitik die hauptsächlichsten heraus, dann erhält man, wenigstens was die Europäische Krise anbelangt, diese beiden hier entgegengesetzten Kräfte: ‚Die Interessen der Weltwirtschaft, und zwar sowohl des internationalen Weltkapitalismus, als der internationalen Arbeiterbewegung, die beide gleichermaßen am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und damit an der Erhaltung Deutschlands interessiert sind, auf der einen Seite und die Pläne des französischen Chauvinismus, die über eine Zerstörung Deutschlands die politische Hegemonie in Deutschland anstreben und auf diesem machtpolitischen Wege aus der finanziellen wirtschaftlichen Krise Frankreichs herauszukommen hoffen. Denn der französische Chauvinismus will an die Möglichkeit nicht glauben, daß deutsche Wiedergutmachungsleistungen die drohende Finanzkrise in Frankreich verhindern könnten, es sei denn, Deutschland wäre wirtschaftlich so stark, daß es zugleich wiederum eine politische Gefahr für Frankreich werden müsse. Die Pläne des französischen Chauvinismus gehen aber nicht nur auf Kosten einer Anzahl, mit ihrer Realisierung der Vernichtung preisgegebenen Kulturstaaten Europas, sondern auch auf Kosten der Interessen der Weltwirtschaft. Trotzdem laufen einige kleinere Trabantenstaaten im Fahrwasser dieser französischen Politik. Bei England scheinen in der Wechselwirkung von rein politischen Erwägungen und weltwirtschaftlichen Interessen die letzteren bei der englischen Stellungnahme zur Reparationsfrage nunmehr den Ausschlag zu geben.

Das Kabinett Cuno hat seine gesamte Politik aufgebaut auf den Erfordernissen, die sich aus den internationalen Zusammenhängen der Weltwirtschaft ergeben und die Erhaltung Deutschlands als produzierenden und kaufkräftig-verbrauchenden Staates anstreben. Diese Politik ist durchaus logisch, denn sie setzt auf diejenige Karte, deren Sieg auch die Rettung Deutschlands bedeuten würde. Dabei bleibt die Frage offen, ob die Kräfte der auf internationalem Kapitalismus und internationaler Arbeiterbewegung fußenden Weltwirtschaft sich stärker erweisen werden, als die bewaffnete Macht des französischen Chauvinismus.

Sowohl in seiner Regierungserklärung, als auch in seiner Rede auf dem Empfang der Berliner Presse hat Reichskanzler Cuno sich mit Frankreich und Poincaree auseinandergesetzt. Hier wie dort Bereitwilligkeit zur wirtschaftlichen Verständigung mit Frankreich in den Grenzen des für Deutschland Leistungsmöglichen, hier wie dort männliche Ablehnung der Poincareschen Gewaltpolitik mit ihrer beabsichtigten Vergewaltigung der Rheinlande.

So völlig klar die Stellungnahme des deutschen Reichskanzlers zu dem französischen Ministerpräsidenten Poincaree ist, so unübersichtlich erscheint auf dem ersten Anblick die Haltung Poincarees gegenüber dem Kabinett Cuno. Verfolgt man aber die Taktik der französischen Politik von der Geburtsstunde des Kabinetts Cuno an, so erkennt man eine klare Linie, die auf den Sturz des deutschen Kabinetts Cuno hinzielt. Die Pläne des französischen Chauvinismus vertragen kein deutsches Kabinett mit einem Wirtschaftler von internationaler Geltung als Führer, der im Inlande Vertrauen besitzt, damit die französischen Hoffnungen auf innerpolitische Verwicklungen in Deutschland zerstört und der im Auslande auf Grund seiner weltwirtschaftlich eingestellten Politik Ansehen und Vertrauen genießt.

Die erste internationale Wirkung des Kabinetts Cuno war ein Steigen der Mark an allen Plätzen des Angelsachsentums. Steigen der Mark mußte für Deutschland Sinken des inneren Preisniveaus, damit Befestigung der Cunoschen Stellung, damit Stabilisierung der inneren Lage Deutschlands, bringen. Das Auftreten Amerikas in Lausanne mußte ferner das internationale Vertrauen zu dem endlichen Siege weltwirtschaftlicher Vernunft erhöhen. Herr Poincaree zerstörte diese keimende Entwicklung brutal mit den Veröffentlichungen über den bekannten Ministerrat im Elysee. Der Dollar schnellte in die Höhe.

Inzwischen explodierte in Deutschland eine gefährliche innerpolitische Bombe, nämlich die Behauptung der deutschen sozialistischen Presse, Frankreich habe das Zustandekommen der Regierung Cuno gefördert, weil es das Versprechen der deutschen Industriellen gehabt habe, daß diese unter einem Kabinett Cuno die Reparationszahlungen garantieren

würden. Die Programmrede des neuen Reichskanzlers habe in diesem Punkte Sozialdemokratie und französische Regierung in gleichem Maße enttäuscht. Die Behauptungen der sozialistischen Presse sind wohl widerlegt worden, aber das durch sie zerschlagene Porzellan läßt sich nicht so schnell reparieren. Ob und inwieweit französische Propaganda bei den Angriffen der sozialistischen Presse gegen deutsche Wirtschaftsführer mitgewirkt hat, läßt sich umsoweniger feststellen, weil die Methoden der französischen Propaganda so raffiniert sind, daß ihre Opfer niemals merken, wie sie in eine Propagandaschlinge laufen. Aber auch in der extrem entgegengesetzten Richtung scheint französische Intrigue an der Arbeit zu sein, um die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland zu verwirren und damit die Stellung des Kabinetts Cuno zu erschüttern. In Kreisen bayrischer Sozial-Nationalisten wird mit der Veröffentlichung einer englischen Zeitschrift argumentiert, nach der die ehemalige deutsche Regierung von Frankreich Vorgehen gegen die deutschen nationalistischen und Selbstschutzverbände erbeten habe, damit durch eine Erfüllung dieser französischen Forderungen nach Beseitigung der nationalistischen bezw. Selbstschutzbewegungen die Sicherheit der deutschen Republik gestärkt würde. Natürlich ist die englische Veröffentlichung eine gemeine Lüge, aber alles deutet darauf hin, daß diese Lüge nicht nur von französischer Seite in die englische Presse lanziert, sondern danach auch in Deutschland zur Auswirkung gebracht wurde.

Die Note der Botschafterkonferenz über die an sich tief bedauerliche Anrempelung von Mitgliedern der interalliierten Militärkommission in Deutschland liegt auf derselben Linie französischer Politik. Und wenn nicht alles täuscht, werden wir in der nächsten Zeit noch einige Nollet'sche Verdächtigungen in der Entwaffnungsfrage zu erwarten haben. Die Regierung Cuno soll nicht zu Atem kommen und keine Zeit für eine außenpolitische Vorbereitung der Brüsseler Konferenz finden.

Man muß in aller Oeffentlichkeit auf diese Planmäßigkeit aller Schachzüge der französischen Politik gerade der letzten Zeit hinweisen, damit das deutsche Volk sich der Gefahren, die von Westen her drohen, klar bewußt ist. Die gesamte bürgerliche Presse Frankreichs hat die letzte Note der Botschafterkonferenz mit bezeichnendem Freudengeheul begrüßt.

Bedrohung Ostpreußens durch Polen.

Von unserem memelländischen Mitarbeiter.

Im Zusammenhang mit der Memelfrage bespricht „Lituwa" die Außenpolitik Polens seinen nordöstlichen Nachbarn gegenüber. Nach Ansicht des Blattes ist der Hauptpunkt der polnischen Außenpolitik im Verhältnis zum Nordostproblem die ostpreußische Frage. Polen will die Fehler Sygmunts wieder gut machen. Eine der entschiedensten Bestrebungen der polnischen Außenpolitik ist es, Ostpreußen vom Deutschen Reiche zu trennen, Ostpreußen von allen Seiten einzuschließen, es in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung zugrunde zu richten und es bei gegebener Zeit an sich zu reißen, wie dies seinerzeit mit Wilna geschehen ist. Dazu sei zwar die Hilfe Litauens erforderlich, aber, da eine Union mit Litauen immer problematischer werde, versuche Polen, sich die Herrschaft über Memel zu sichern.

Bemerkenswert ist, daß diese Aeußerung des offiziösen litauischen Organs von der Agencja Wschodnia, der polnischen Propaganda-Agentur, ohne jede Abschwächung wiedergegeben wird.

Wie aus Warschau verlautet, will sich der Chef der französischen Militärmission in Polen, General Dupont, demnächst nach Danzig begeben.

Dupont war bekanntlich früher der Chef des französischen Spionagewesens. Eigentümlicherweise taucht sein Name im Osten gerade dann immer auf, wenn die Gefahren einer Ruhrbesetzung im Westen drohen. Auch die in letzter Zeit ungewöhnlich scharf einsetzenden Angriffe der polnischen Presse gegen Danzig, die offen die Anwendung von Waffengewalt gegen die Danziger „Widerspenstigkeit" fordert, und die Nachrichten über die Bildung von Freikorps zur Befreiung der „polnischen Westmarken" nach dem Vorbild der Annexion von Wilna, lassen die Befürchtung gerechtfertigt erscheinen, daß Polen bei einem Vorgehen Frankreichs im Rheinland, die Schwäche Deutschlands ausnutzend, gegen Ostpreußen und Danzig vorstoßen wird.

Betriebsstillegung und Arbeitsstreckung.

Ein neuer Gesetzentwurf.

Seit Jahr und Tag wird von den zuständigen Industrie- und Handelskreisen die Aufhebung der Demobilmachungsverordnung vom 8. November 1923 und vom 12. Februar 1920 betreffend Betriebsstillegung und Arbeitsstreckung gefordert. Es ist bekannt, daß die Gültigkeitsdauer dieser Verordnungen mit dem 31. März 1923 ablaufen sollte.

Von Seiten der Gewerkschaften wurde seit langem gefordert, die oben bezeichneten Demobilmachungsverordnungen in die Gesetzgebung zu übernehmen, da die Gewerkschaften in ihnen einen wirksamen Schutz der Arbeitnehmer vor Arbeitslosigkeit sahen. Den Bemühungen der Gewerkschaften war ein Erfolg beschieden, so daß bereits am 14. Oktober der Reichswirtschaftsminister in Gemeinschaft mit dem Reichsarbeitsminister dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegte, der zur Zeit Gegenstand der Ausschußberatungen im Reichswirtschaftsrat ist.

Der Gesetzentwurf hält sich ziemlich genau an die Bestimmungen der Demobilmachungsverordnungen. Er führt in seiner Begründung aus, daß eine Umfrage bei den Ländern in der Mehrzahl ein günstiges Urteil über die Wirksamkeit der Demobilmachungsverordnungen gezeitigt habe, wobei allerdings verschwiegen wird, daß in der Hauptsache von den Ländern zustimmende Erklärungen abgegeben worden sind, deren Regierungen vorwiegend unter sozialistischem Einfluß stehen.

Die Kernfrage über gesetzliche Bestimmungen betreffend die Betriebsstillegung ist die, ob es dem Staate möglich ist, unrentabel arbeitenden Betrieben wirtschaftlich wirksam unter die Arme zu greifen. Diese Frage muß verneint werden, nicht allein wegen der traurigen Lage unserer öffentlichen Finanzen als auch wegen der Unmöglichkeit überhaupt, unrentable Betriebe auf die Dauer halten zu können. Deshalb muß gesagt werden, daß, völlig abgesehen von der Absicht, in dem Gesetz eine Verschärfung der Sperrfristen eintreten zu lassen, in erster Linie die hohen Strafen des § 24 des Entwurfes als übertrieben angesehen werden müssen, da es lediglich Aufgabe des Gesetzes sein sollte, die Betriebsstillegungen unmöglich zu machen, welche tatsächlicher Profitsucht des Unternehmers entsprungen, ohne dem wirtschaftlich schwer kämpfenden Unternehmer noch weitere Fesseln aufzuerlegen.

Der zweite Abschnitt des Gesetzentwurfs behandelt die Bestimmungen über die Arbeitsstreckung. Dieser Teil trägt den Charakter eines Ermächtigungsgesetzes, in dem die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates unter Anhörung des Reichswirtschaftsrates ermächtigt werden soll, Anordnungen über die Arbeitsstreckung zu erlassen. Die Anordnung kann sich auf bestimmte Gebiete und Berufsgruppen beschränken mit einer Höchstdauer von sechs Monaten.

Es muß schon heute gesagt werden, daß auch in diesem Fall die Gefahr einer Verewigung der Bestimmungen der Demobilmachungsverordnung vom 12. Februar 1920 besteht. Gewiß werden oft Fälle eintreten, da die Arbeitsstreckung in der Tat das geeignetste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Aber diese Fälle sind in der Praxis lediglich Augenblickszustände, begrenzt auf einzelne Betriebe oder höchstens auf Branchen, so daß sie nicht die Grundlage zu einem Gesetzentwurf abgeben können, sondern der freien Vereinbarung beider Parteien vorbehalten bleiben sollten, wobei jeweils Unstimmigkeiten von den Schlichtungsbehörden entschieden werden müssen.

Kultusminister Boelitz über die preußische Schulreform.

In einer öffentlichen Berliner Versammlung legte Kultusminister Dr. Boelitz dar, wie durch die neu geschaffene Aufbauschule die Volksschulbildung für Begabte bis zur Universität weitergeführt wird und wie zu dem bisherigen Typ der neunjährigen Hochschule ein vierter, die deutsche Oberschule, mit der Aufbauschule vorzugsweise der Pflege des deutschen Kulturgutes dienen soll.

Weiter teilte der Minister mit, daß in den nächsten Tagen ein Erlaß über Schülerbeurteilungen erfolgen soll, der einen Mitverantwortungsbereich der Schule abgrenzt und die Mitwirkung von Familie und Parteien beansprucht, und die Jugend vor verfrühter Politisierung zu bewahren und sie mehr als bisher zur Staatsgesinnung zu erziehen.

Auf dem Gebiet des Mädchenschulwesens sind die Vorarbeiten abgeschlossen, neben den bisherigen Anstalten eine höhere Mädchenschule zu schaffen, die auch die weibliche Jugend den geraden Weg zur Hochschule führt.

Der Minister schloß das reichhaltige Reformprogramm mit einem mahnenden Hinweis auf die bittere Not der Zeit und das ergreifende Ringen der deutschen Studentenschaft. Er rief dazu auf, alle Kräfte zu vereinigen, damit deutscher Geist in der Welt sich behaupte.

Bevorstehende Neuwahlen in Deutsch-Oesterreich.

Aus Wien meldet man: Im Nationalrat finden seit einigen Tagen Verhandlungen über die Frage statt, ob es nicht angesichts der Erledigung der durch die Genfer Vereinbarungen zusammenhängenden Gesetze zweckmäßig wäre, die Durchführung dieser Gesetze einem neuen Nationalrat zu überlassen. Die Mandatsdauer des gegenwärtigen Nationalrates endigt erst im Oktober 1923. Eine Entscheidung ist in den allernächsten Tagen zu erwarten. Die Neuwahlen dürften dann für Mitte März ausgeschrieben werden. Die Christlich-Sozialen und die Großdeutschen erwarten in dem jetzigen Zeitpunkte, da der Eindruck des Genfer Werkes in der Bevölkerung sehr günstig ist, für die Neuwahlen einen großen Erfolg gegenüber den Sozialdemokraten.

England und das Ruhrgebiet.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer" in London teilt mit, daß das Kabinett Bonar Law dieser Tage seine Meinung über das Reparationsproblem und die interalliierten Schulden zum Ausdruck bringen werde. Wenn einmal die vollständige Besetzung des Ruhrgebietes in Betracht gezogen werden sollte, werde das Kabinett Bonar Law die Wahl haben, zwischen einer festeren Haltung gegenüber Deutschland — was die Wiederherstellung des europäischen Handels in fremden Staaten und die Erschließung außereuropäischer Märkte erforderlich mache — und der Fortsetzung der Kontroverse mit Frankreich, eine unangenehme Wahl, vor die sich England gestellt sehe. Im Laufe der nächsten Woche werde sich das Kabinett entscheiden müssen, ob man das Ruhrgebiet haben wolle. Die kommenden Besprechungen werden die bisherigen an Wichtigkeit übertreffen.

Kleine Nachrichten.

Halle, 5. Dez. Eine Falschmünzerbande. Die Steindrucker Feller und Reichmann sowie der Spediteur Kuersten, welche in Saalfeld Brotmarken, Steuermarken und 50-Mark-Scheine gefälscht hatten, wurden vom Schwurgericht Weimar unter Zubilligung mildernder Umstände zu 1 Jahr 6 Monaten, 1 Jahr 3 Monaten und 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Halle, 5. Dez. Um vornehmlich den notleidenden Kleinrentnern und Pensionären zu Hilfe zu kommen, bewilligte der Gemeinderat von Friedrichsroda vorläufig 1 Million Mark zur Einrichtung einer Volksküche, aus der Mittagessen teilweise kostenlos, teilweise zum Selbstkostenpreis abgegeben wird.

Prag, 5. Dez. Die Regierung wird ab Neujahr die Bezüge der Staatsbeamten wesentlich herabsetzen und zwar auf die Weise, daß die Beamten angehalten werden, künftig die Einkommensteuer selbst zu bezahlen. Die Teuerungszulagen werden abgebaut, während die Grundgehälter um etwas erhöht werden sollen. Die Herabsetzung der Gesamtbezüge soll 15 Prozent betragen. Von einer Massenentlassung wird abgesehen.

TU. **Paris**, 5. Dez. Der deutsche Bakteriologe Geheimrat Wassermann ist in Paris angekommen, um an einer vom medizinischen Ausschuß des Völkerbundes veranstalteten internationalen Konferenz im Pasteurinstitut teilzunehmen. Die Konferenz wird sich mit der Frage einer großen, die ganze Welt umspannenden Aerztekampagne zur Bekämpfung der Syphilis befassen. Geheimrat Wassermann, einer der berühmtesten Fachmänner auf diesem Gebiete, wurde gestern im Matin, der zugleich sein Bild veröffentlichte, in Form eines Interviews eingehend gewürdigt.

Die Arbeitgeberbeiträge zum Wohnungsbau.

ki. Die Novelle vom 26. August 1921 zum preußischen Kommunalabgabengesetz bestimmt in § 9a, daß Gewerbetreibende, die mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen, behufs Deckung der Kosten, insbesondere auch der, nach Abzug der ortsüblichen Miete nicht rentierlichen, für die Herstellung von Kleinwohnungen herangezogen werden können, wenn ihnen hierdurch besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen. Als wirtschaftlicher Vorteil ist hierbei die Tatsache anzusehen, daß durch die geplanten Wohnungen eine unter den Arbeitnehmern der Arbeitgeber hervortretende Wohnungsnot gemildert oder einer drohenden Wohnungsnot vorgebeugt wird. Die Arbeitgeber können zu Beitragsgemeinschaften vereinigt werden. Arbeitgeber, die insbesondere nach dem 1. Januar 1919 bereits selbst zum Bauen von Werkwohnungen für Arbeitnehmer aus eigenen Mitteln in angemessenen Verhältnissen zur Zahl ihrer Arbeitnehmer beigetragen haben, sollen von diesen Beiträgen befreit werden.

Der Sinn des letzten Satzes ist, daß der rege bauen Betätigung auf dem Gebiete des Wohnungsbaues nicht entgegengewirkt werden soll. Die Wohnungsleere verhalten sich nämlich ganz außerordentlich verschieden in den einzelnen Landesteilen. In der Zeit vor dem Kriege hatten manche industrielle Großbetriebe schon viel für das Wohnungswesen getan. Eine hervorragende Stellung nimmt hier das Arbeitgebertum in der Stadt Essen ein, insbesondere auch die Firma Krupp. Vor dem Kriege haben die dortigen Arbeitgeber ohne wesentliche Anstrengung nicht weniger als die Hälfte des Jahresbedarfs der Stadt, der etwa 2500 neue Wohnungen betrug, decken können. Sie haben für ihre Angestellten und Arbeiter mehr Wohnungen erstellt als der ganze Bayrische Staat für die seinen; von zwei Zechen in Essen hatte jede mehr Wohnungen erstellt als der ganze Sächsische Staat, die eine allein etwa doppelt so viel. Die Werfte der Stadt Dortmund standen in dieser Hinsicht ebenso hoch wie der Staat Württemberg. In Preußen hatte die Staatsbahn 1912 auf 100 Arbeiter und Angestellte etwa 14, die Bergbauverwaltung etwa 28 Wohnungen geliefert. Dieser Zahl stehen im Durchschnitt die Essener Zechen mit 42,3, die Dortmunder mit 22,8 und

die gesamten Zechen im Ruhrkohlenbezirk

mit 26,2 gegenüber. 123 preußische Städte über 25 000 Einwohner hatten zusammen nur 1213 Wohnungen errichtet, das bedeutet etwa ein Fünftel von der Leistung eines einzigen Essener Werkes.

Wegen der Durchführung des § 9a schweben bei den Städten vielfach noch Erwägungen: eine zusammenfassende Uebersicht kann z. B. kaum gegeben werden. Zur Anwendung des Paragraphen ist ein Statut zu erlassen, das die Zahl der zu errichtenden Wohnungen, den hierfür ausersehenen Zeitabschnitt, die Beitragspflichtigen, den nicht rentierlichen Zuschuß je Wohnung, den Zuschuß je Arbeiter, die Zahlungstermine und Milderungsbestimmungen festgelegt. Durch besondere Satzung wird dann die Beitragsgemeinschaft gebildet, die planmäßig die Durchführung verfolgt.

Die Stadt Bochum hat nach vorheriger Verhandlung mit der Industrie für 1922/23/24 je 100 Wohnungen zu errichten beschlossen und je Wohnung 800 000 Mark als Zuschuß angenommen, sodaß auf 40 000 Arbeitnehmer je 4000 Mark Zuschuß entfallen. In M.-Gladbach sollen 35 Mill. Mark Arbeitgeberbeiträge je zur Hälfte nach der Zahl der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter und nach dem bei der Gewerbesteuer ermittelten Ertrage aufgebracht werden, sodaß auf jeden Arbeiter jährlich etwa 1250 Mark entfallen. Krefeld hat wie Bochum 4000 Mark auf den Kopf der Belegschaft festgesetzt. Bemerkenswert ist, daß die Annahme in M.-Gladbach gegen die Stimmen der Rechten, in Krefeld gegen die der Linken erfolgt ist. In Gelsenkirchen wurde im Juli durch Stadtverordnetenbeschluß die Erhebung von 45 Millionen Mark vorgesehen.

Die Durchführung des § 9a hat sich als **praktisch unzureichend und schwer durchführbar** erwiesen, was auch der preußische Wohlfahrtsminister zugegeben hat. Mit Hilfe des Paragraphen

Kunst und Wissen.

Berliner Kunstbrief.

Der Expressionismus ist nicht tot. Aber neue Strömungen kommen auf, die den Stil des letzten Jahrzehnts aus der Modestellung verdrängen. Während der Expressionismus, als romantische Bewegung, auf die primitiven Stilarten, sei's nun Südsee oder Afrika oder Gotik, zurückgriff, geht jetzt die Sehnsucht der neuen Romantik nach dem Klassischen. Es scheint, als ob sich eine Renaissance des Klassizismus anzubahnen beginnt. Die Italiener, die ja auch im Futurismus und Kubismus voran waren, haben auch diesmal den ersten Vorstoß gemacht, als sie die Gruppe „Valori plastici" gründeten. Frankreich ging gleichzeitig mit. Picasso ließ sich von Ingreß beeinflussen. Ein neues Beispiel ist Derain. Die Galerie Flechtheim zeigt eine umfangreiche Kollektion dieses höchst kultivierten Franzosen. Einer, der viel weiß und sich dieser Stilmöglichkeiten bewußt ist, dreht sozusagen die Entwicklung rückwärts: vom Expressionismus, dem er in Köpfen nach Opfer bringt, über Cezanne, dessen Einfluß er seine schönen, gedämpften Landschaften verdankt, bis zu Ingres und noch weiter. Mit dem Zeichenstift ist er beim Klassizismus angelangt. Es gibt unter den Zeichnungen delikate Sachen — aber man sieht dieser Vielseitigkeit denn doch ein wenig skeptisch gegenüber.

Den Einfluß der genannten Italiener glaubt man bei Wilhelm Schmid-Zürich zu spüren, der seit mehr als Jahresfrist in Florenz malt und den, wie schon zweimal, auch dieses Jahr der Salon Nicolai verführt. Schmid hat die Anregungen verarbeitet; er holt langsam eine neue Form aus sich selbst heraus. Wie er die italienische Stadt sozusagen in der platonischen Idee ihrer Erscheinungsform zu erfassen bestrebt ist, hebt ihn über das Durchschnittsniveau weit hinaus. Problematisch allerdings ist seine Farbbehandlung, die trübe und bleiern wirkt und nichts von einem südlichen Himmel ahnen läßt; was vielleicht eine unnötige Angst vorm „Impressionismus" bedeutet.

Selbst die, die dem Expressionismus treu geblieben scheinen, wandeln sich. Das merkt man an Krauskopf (bei Gurlitt), der zwar meistens noch in seinem alten Schema weiterschreibt, aber in ein paar kleinen Landschaften eine zukunftsreichere Schlichtheit offenbart. Man merkt das sogar bei Schmitt-Rotluff, von dem die Galerie Möller eine große Kollektion Aquarelle vorführt. Aus der Eintönigkeit und Brutalität dieser Aquarelle springt der Wille nach Form heraus. Aber es ist doch meist nur Wille und Absicht, die nicht einer inneren Notwendigkeit folgen. Wenn man trotzdem von diesem Maler immer wieder gefesselt wird, so liegt das an der einzigartigen Gewaltsamkeit, mit der diese Faust leuchtende Farbfläche nebeneinander setzt, sodaß immer eine starke Wirkung zustande kommt.

Unselbständiger und im Schatten Größerer kämpfen Leute wie Bela Czobel und Otto Lange, die Goldschmidt und Walkerstein zeigt, sowie Bussow-Malchow, der bei J. B. Neumann auftritt. Der Stärkste dieser drei heftig mit ihren Vorbildern Ringenden ist Czobel, der aus der Trübheit und Gedrücktheit seiner Farbe ein paar schöne Kleinstadtbilder von ziemlicher Eigenart herausholt. Otto Lange ist delikat in der Tongebung, vor allem in einem Hafenbild, das aber von Feininger stark übererinnert wird. Bussow-Malchow wühlt in ganz dunklen Farben Gestalten ins viel Chaos noch, aber immerhin an Etwas, das sich klären kann.

Der Heller, der dem Bremer Radziall einen immer größer werdenden Resonanzboden verschafft, trat neben Kauß, Helbig usw., die über ihr Schema nicht mehr hinauskommen, ein neuer Mann, Otto Freytag, auf. Chagall und Marc, inhaltlich wie formal, reden ihm noch dazwischen; aber einige Aquarelle deuten auf Zukunft, die der Maler fruchtbar gestalten kann, wenn er sich noch mehr auf sich selbst zurückzieht. Daneben gibt es ein paar Aquarelle von Nolde — Landschaften —, vor deren Schönheit und Gekonntheit die Kritik verstummen darf.

Dr. N.

Der Zirkus stirbt.

Die neue Zirkus-Korrespondenz schreibt: Von 30 deutschen Zirkusunternehmungen, die im Frühjahr 1922 bestanden, sind an der Neige des Jahres drei übriggeblieben: Busch in Berlin, Sarrasani in Dresden und der Hagenbeck'sche Zweigbetrieb in Essen, der sich auch schon längst auf das Volkstheater umgestellt hat. Schon im Frühjahr ging die Wilhelm-Hagenbeck-Schau in französische Hände über; der Zirkus Krone, der Italien bereist hatte, zog es vor, sich aufzulösen, statt nach Deutschland zurückzukehren; der Althoffsche Zirkus nahm Zuflucht nach Holland, der alte Zirkus der Gebrüder Blumenfeld nach Riga, und all die kleinen Unternehmungen sind gänzlich verkümmert oder sang- und klanglos verschwunden. Merkwürdige Zirkusschicksale haben sich erfüllt. So wird der Zirkus Batum-Kreiser in Zukunft als Jahrmarktsbippodrom sein Fortkommen suchen. Noch rettungsloser erliegen die Zirkusbetriebe der großen Not als die Zoologischen Gärten, denen wenigstens städtische Unterstützungen und Steuererleichterungen zugute kommen. Die Futtermittel kosten das Zweitausendfache des Vorkriegspreises; die phantastisch emporgeschnellten Eisenbahnfrachten haben die Wandermöglichkeiten der Zirkusse unterbunden. Die meisten Stadtverwaltungen haben das Ihrige zum Dahinsiechen der deutschen Zirkusse beigetragen, indem sie sie mit den gleichen Steuersätzen erdrosselten, die sie bei den Schlemmerstätten anwandten. Auch die letzten Unternehmungen, die noch standzuhalten versuchten, stehen vor einer finsteren Zukunft. Beim Zirkus müssen die Eintrittspreise auf ein Familienpublikum zugeschnitten sein. Wollen sie mit den Unkosten Schritt halten, müßte der Stehplatz zurzeit tausend, der Logenplatz zehntausend Mark kosten. Keinem deutschen Zirkus ist je eine öffentliche Hilfe zuteil geworden, wie sie die Theater als etwas Selbstverständliches beanspruchen. Keinem deutschen Zirkus ist je ein mächtiger Mäzen erstanden, wie es in Frankreich Napoleon einer war, der die Kunstreiterdynastie der Franconis in den Sattel hob. So ist die Katastrophe gekommen. Vier Generationen haben den Zirkus zu ihren liebsten und denkwürdigsten Jugenderinnerungen gezählt, die Dichter von Goethe über Heinrich Heine und Freiligrath bis auf Wedekind waren der Zirkuskunst begeisterte Lobpreiser, — nun aber wächst die deutsche Jugend ohne die romantischen Schauspiele der Manege auf, die gewiß noch niemals eine Kinderseele vergiftet haben. Dafür aber haben sich Schlemmerdielen, Likörstuben und Spielklubs um vieltausend Prozent vermehrt.

Ist das eine Beleidigung?

Von einem Münchener Anwalt wird im „Tägl. Korresp." die folgende drollige Geschichte zum Besten gegeben:

Zu mir in die Sprechstunde kommt ein Mann und befragt mich:

„Sagen Sie mir, Herr Doktor, ist das eine Beleidigung. Also ich habe hier einen Brief bekommen, daß ich die Beleidigung zurücknehmen soll. Ist es denn eine Beleidigung, wenn man von einer Frau sagt, sie sei auch nicht besser als ihr Mann?"

Und dann bekam ich folgenden Brief zu sehen:

„Herrn N. N. hier. Wie mir mitgeteilt wird, haben Sie von meiner Frau gesagt: „Die ist auch nicht besser als ihr Mann." Meine Frau fühlt sich dadurch beleidigt und will sich das nicht gefallen lassen. Ich fordere Sie auf, binnen 48 Stunden um Entschuldigung zu bitten und die Beleidigungen zurückzunehmen."

Ich habe selten in meiner Praxis so herzlich lachen müssen. Also, wohlgemerkt: nicht der Mann, sondern die Frau fühlte sich durch den Vorwurf verletzt, daß sie auch nicht besser als der Mann sei!

Der Anspruch auf die kostenlose Unfallunterstützung

erlischt, wenn die Bezugsgelder nicht bis zum 12. des Monats bezahlt sind. Die Boten sind angewiesen, die Gelder bis zu diesem Zeitpunkte einzuziehen.

Wir bitten, die Bezugsgebühren möglichst beim erstmaligen Vorzeigen der Quittung und nur gegen Aushändigung derselben zu entrichten.

Geschäftsstelle des Märkischen Sprechers.

---

wird nur im Gebiete des Bergbaues und der Großindustrie, die von jeher den Wohnungsbau gefördert haben, etwas Nennenswertes zu erreichen sein. Deshalb ist dem Preußischen Städtetag der Vorschlag gemacht worden, durch weitere gesetzliche Vorschriften diejenigen Unternehmer, die neue Fabrikanlagen errichten oder ihre vorhandenen vergrößern, zu verpflichten, gleichzeitig den erforderlichen neuen Wohnraum zu schaffen, entsprechend der Zahl der neu hergestellten Quadratmeter Arbeitsraum und der Zahl der darin zu beschäftigenden Arbeiter. Hiergegen wird, wie schon gegen § 9a, verstärkt das Bedenken angeführt, daß die Bewegungsfreiheit des Gewerbes und der wirtschaftliche Ausbau des Werkes behindert werden und alle neueren Unternehmungen gegenüber älteren Betrieben belastet und konkurrenzfähig werden. Außerdem geht bei allen Neu- und Erweiterungsbauten, insbesondere im Bergbau, das Bestreben auf Mechanisierung der Betriebe, am offensichtlichsten bei Verladeanlagen und Kesselhäusern, und nach Inbetriebnahme solcher Anlagen werden häufig sogar weniger Arbeitskräfte verwendet als vorher. Jedenfalls empfiehlt sich kaum der Erlaß eines neuen Gesetzes, ehe die Anwendung des älteren, eben erst erlassenen wenigstens versucht worden ist.

Im ganzen ergibt eine überschlägliche Feststellung, daß in den Großstädten des Ruhrkohlenbezirks die Deckung von etwa 10 Prozent des einmaligen Jahresbedarfs an Wohnungen durch Arbeitgeberbeiträge erreichbar erscheint. Letzten Endes versiegt aber auch diese Geldquelle mit der Blüte der Industrie und ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande. Allzu große Hoffnungen auf die Arbeitgeberbeiträge sind also nicht angebracht, und die Heranziehung der Wohnungsbauabgabe können sie nicht ersetzen. Auch ist es unhaltbar, daß mit den Arbeitgeberbeiträgen eigentlich nur die Großindustrie, nicht aber die kleinere, sowie auch Handel, Bankgewerbe, Forst- und Landwirtschaft herangezogen werden sollen.

Zur Verhaftung Ehrhardts.

Von unterrichteter Seite erfahren wir über die Vorgänge bei der Verhaftung des Korvettenkapitäns Ehrhardt: Der mit der Führung der Voruntersuchung gegen Ehrhardt wegen Teilnahme am Kapp-Putsch betraute Reichsgerichtsrat vernahm in dieser Sache in den letzten Tagen in München eine Reihe von Personen. Bei der Vernehmung einer dieser Personen entstand bei ihm der Verdacht, daß der Vernommene falsche Angaben über seine Person machte. Bei einer nochmaligen Vernehmung und nach Gegenüberstellung des Erschienenen mit zwei Personen, die Ehrhardt von früher her kannten, wurde festgestellt, daß man es mit Ehrhardt zu tun hatte. Nach anfänglichem Leugnen gab er auch seine Identität mit dem steckbrieflich Verfolgten zu. Nach der durch den Untersuchungsrichter erfolgten Verhaftung wurde Ehrhardt unmittelbar in das Untersuchungsgefängnis nach Leipzig übergeführt. Entgegen anderslautenden Mitteilungen in einem Teil der Presse verdient hervorgehoben zu werden, daß die Münchener Polizei den Wünschen des Untersuchungsrichters in jeder Weise entgegenkam und dessen Ermittelungen durchaus sachgemäß und tatkräftig unterstützte.

Vor einem Kommunistenputsch in Pirmasens.

Aus Pirmasens, den 5. Dez., meldet man: Die Kommunisten versuchen von Pirmasens aus, die Arbeiterschaft der Westpfalz zu einem Generalstreik aufzuputschen. Es wurde ein Beschluß gefaßt, der die strikte Durchführung der aufgestellten Forderungen verlangt und im Falle der Ablehnung Auflösung des Stadtrates vorsieht. Die Stadtverwaltung wird in der Entschließung in ultimativer Weise bis heute nachmittag zur Erfüllung dieser Forderungen aufgerufen. Die Kommunisten haben ihre Anhänger für diesen Tag zu einer Demonstration vor dem Rathaus eingeladen, um die Entscheidung der Stadtverwaltung entgegenzunehmen.

Aus dem Scheidemann-Prozeß.

Leipzig, 5. Dez. Im weiteren Verlauf des Scheidemann-Prozesses vor dem Staatsgerichtshof stellte der Gutachter Chemiker Dr. Paulmann-Kassel fest, daß Blausäure in dem Gummiball enthalten war. Er erklärt die Wirkungen der Blausäure und betont, daß die Menge der verwendeten Blausäure nicht ausreichte, um einen Menschen in freier Luft zu töten. Der Gerichtsarzt Dr. Heinemann-Kassel erläuterte die üblichen Vergiftungsmethoden. Der Mordversuch mit Blausäure habe nicht den Tod oder eine schwere Gesundheitsschädigung hervorrufen können. Die frische Luft habe die Wirkungen der Blausäure gemildert. Die Möglichkeit des Todes wäre vorhanden gewesen, wenn die Flüssigkeit in den Mund gelangt wäre.

Ablehnung der Schweizer Vermögens-Abgabe.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

In der Schweiz war von sozialistisch-kommunistischer Seite eine Volksabstimmung über eine einmalige Vermögensabgabe veranlaßt worden, die bei 8000 Franken beginnen, aber auch schon Ersparnisse von 10 000 Franken und weniger treffen, und deren Zweck angeblich darin bestehen sollte, einen Fonds für Sozialversicherungen zu schaffen.

In Wahrheit handelte es sich indessen um etwas ganz anderes, um einen grundsätzlichen Vorstoß nämlich gegen das privatwirtschaftliche System überhaupt und um den Versuch, es durch einen kommunistischen Betrieb zu ersetzen. Das Schweizer Volk hat in seiner ganz gewaltig überwiegenden Mehrheit Einsicht genug an den Tag gelegt, um die ungeheure Gefahr zu erkennen, die für die Schweizer Volkswirtschaft durch die praktische Ausführung eines derart unsinnigen Experiments heraufbeschworen worden wäre. Bei einer kaum dagewesenen Stimmenbeteiligung von beinahe 85 Prozent wurde die sozialistisch-kommunistische Initiative mit 725 136 Nein gegen 108 036 Ja verworfen.

Die bürgerlichen Parteien, die Behörden, die Banken, der Handel, die Industrie, das Gewerbe, die Landwirte, endlich aber auch sehr viele Angestellte und Arbeiter erwiesen sich als Gegner des kommunistischen Sozialisierungsversuches und haben damit nicht zuletzt auch das Vertrauen des Auslandes zur Schweiz und ihrer Volkswirtschaft aufs neue gehoben und gefestigt. Welche Katastrophe ein gegenteiliges Ergebnis der Volksabstimmung für das ohnehin so schwer leidende Wirtschaftsleben der Schweiz bedeutet hätte, erhellt schon aus der einen Tatsache, daß die bloße Androhung der Vermögensabgabe allein in Zürich die Abwanderung von Kapitalien in Höhe von etwa 500 bis 600 Millionen nach dem Auslande bewirkt hatte.

Korfanty als Schmuggler.

Von zuständiger Stelle wird den „Oppelner Nachrichten" folgende amtlich bestätigte Nachricht zugetragen: Einen schmerzlichen Verlust hat Korfanty erlitten. Er hatte seinen Schwager beauftragt, ihm in Deutschland ein Auto zu kaufen. Dieser kaufte nun entsprechend den Anweisungen Korfanthys in Berlin einen Wagen für etwa 20 Millionen deutsche Mark und versuchte, diesen auf dem Landwege über die deutsche Grenze nach Polnisch-Oberschlesien zu schmuggeln. Dabei wurde er von den deutschen Zollbeamten erwischt und der neue Wagen beschlagnahmt.

Demission des Kabinetts Paschitsch.

Nach einer Meldung aus Belgrad hat das Kabinett Paschitsch demissioniert. Der König hat die Demission angenommen, aber geheten, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen.

Todesstrafe für bulgarische Minister beantragt.

Die „Times" meldet aus Sofia, daß in dem Prozeß gegen die früheren Minister Radoslowow, Tontschess und Diutschoff der Vertreter der Anklage die Todesstrafe beantragt habe. Die gesamten Minister wurden vor einem Jahre unter der Anklage verhaftet, Bulgarien mit in den Krieg verwickelt zu haben.

Prinz Andreas geht in die Verbannung.

Aus Athen meldet man:: Prinz Andreas, der auf immer verbannt worden ist, ging mit Prinzessin Alice in Phaleron an Bord des Kreuzers Calypso, um sich über Korfu nach Brindisi zu begeben.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Die Ministerpräsidenten beim Reichskanzler.

w. **Berlin**, 5. Dez. Wie den Blättern von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hatte der bayerische Ministerpräsident heute vormittag eine Besprechung mit dem Reichskanzler. Um 1,30 Uhr fand ein Frühstück beim Gesandten von Preger statt, an dem auch der Reichskanzler teilnahm. Heute abend findet eine Besprechung des Reichskanzlers mit den im Laufe des Tages weiter eingetroffenen Ministerpräsidenten aller Länder statt. Gegenstand der Besprechung ist die allgemeine Lage, insbesondere Ernährungs- und Wirtschaftsfragen.

w. **Berlin**, 5. Dez. Heute nachmittag 6 Uhr fand beim Reichskanzler eine Besprechung mit den präsidierenden Mitgliedern der deutschen Länder statt, an der auch die stimmberechtigten Bevollmächtigten der Länder zum Reichsrat teilnahmen. Nach einer Begrüßungsansprache des Reichskanzlers erstatteten die zuständigen Ressortminister über die innen- und außenpolitische, die finanzielle, soziale und Ernährungs- und wirtschaftliche Lage kurze Berichte, die morgen Gegenstand der Aussprache sein werden. Im Anschluß daran fand ein Empfang statt, zu dem der Reichskanzler und Frau Cuno geladen hatten. Der Reichspräsident, die hier anwesenden Minister des Reiches und der Länder, ihre Vertreter, Mitglieder des Reichstages, sowie das Präsidium des Reichswirtschaftsrates und des preußischen Landtages nahmen daran teil.

Die kritische Lage Deutschlands.

w. **Paris**, 5. Dez. **Der frühere Staatssekretär der Vereinigten Staaten unter dem Präsidenten Wilson, Tumolty, ist von einer längeren Studienreise in Deutschland zurückgekehrt und hat einem Berichterstatter des Intransigeant erklärt, die Lage in Deutschland sei kritisch. Das Schicksal Deutschlands wird sich in sechs Monaten entscheiden. Wenn die Reparationsfrage nicht rasch eine Lösung von Seiten Englands und Frankreichs finde, und wenn Amerika nicht bereit ist, mit dabei zu helfen, so glaube ich, daß eine Katastrophe von unberechenbaren wirtschaftlichen Folgen das Ergebnis sein wird. Tumolty erklärte dem Berichterstatter, er werde in Amerika seinen ganzen Einfluß aufbieten, um die in Deutschland gewonnenen Eindrücke zur Geltung zu bringen.**

Aus dem Postgebühren-Ausschuß.

w. **Berlin**, 6. Dez. Im Postgebührenausschuß des Reichstags wurde eine Entschließung des Abgeordneten Dr. Cremer (D. Vp.), welche verlangt, daß bei der nächsten Vorlage die Taxe für Pressetelegramme auf ein Drittel der gewöhnlichen Taxe festzusetzen ist, angenommen, desgleichen eine Entschließung Delius (Dem.) auf Einführung eines Zonentarifes für Telegramme.

Ministerpräsidentenwahl in Sachsen.

w. **Dresden**, 5. Dez. In der heutigen Sitzung des Landtages stand die Wahl des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Wiederwahl des bisherigen Ministerpräsidenten Buck vorgeschlagen. 94 Abgeordnete waren anwesend. Auf Buck (Sozialdemokrat) entfielen 49, Hoffmann (Deutschnational) 18, Kaiser (Deutsche Volkspartei) 3, während 24 weiße Stimmzettel abgegeben wurden. Buck war somit gewählt.

Der Strafantrag im Scheidemann-Prozeß.

w. **Leipzig**, 5. Dez. **Im Prozeß gegen die Attentäter Scheidemanns beantragte der Oberreichsanwalt Ebermayer gegen jeden Angeklagten, Hustert und Oehlschläger, 11 Jahre Zuchthaus und gegen Oehlschläger noch drei Monate Gefängnis wegen unbefugten Waffenbesitzes. In seinem Plädoyer sagte der Oberreichsanwalt, die Beweggründe der Tat lagen allerdings auf politischem Gebiete, aber da es sich um einen gemeinen Mordversuch handele und die Angeklagten nicht den Mut und die Ueberzeugung gezeigt hätten, beantrage er auch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre.** Die Urteilsverkündigung erfolgt morgen 12 Uhr.

w. **Leipzig**, 5. Dez. In der Begründung seines Strafantrages hob der Oberreichsanwalt Ebermeyer hervor, daß ein enger innerer Zusammenhang zwischen den Attentaten auf Erzberger, Scheidemann und Rathenau unbestreitbar sei. In allen diesen Fällen rekrutieren sich die Teilnehmer und Begünstiger aus bestimmten Schichten, kannten sich gegenseitig und gehörten denselben Organisationen an. Es seien Existenzen, die an sich gewiß Qualitäten hätten, aber durch die Kriegszeit wurzellos geworden seien und getrieben von unverantwortlichen Führern es gewissermaßen als Sport betrieben, politische Persönlichkeiten zu beseitigen. Es wäre töricht gewesen, die Tellergehilfen der Voruntersuchung in diesen Angelegenheiten coram publico zu behandeln. Hinzu komme, daß das Gericht in Prozessen dieser Art ganz ungeheuer angelogen werde. Daß die Täter sich das für die Ausführung des Verbrechens nötige Geld erspart hätten, halte er für unwahr. Wahrscheinlich ständen andere Elemente hinter ihnen, die sie mit Geld versorgten. Der Vertreter des Nebenklägers Scheidemanns Geh. Justizrat Werthauer führte aus, er glaube nicht, daß Oehlschläger und Hustert unbedingt der Organisation C angehören müßten. Die Mörderzentrale habe verschiedene Gruppen, die unabhängig voneinandergehalten würden und nichts von einander wüßten. Der Verteidiger Justizrat Heuser führte für den Angeklagten Hustert aus, es sei ihm zu glauben, daß er von seinem Standpunkt aus aus ideellen Gründen gehandelt habe. Für den Angeklagten Oehlschläger sprach Dr. Bloch, der sich unter Berufung auf den Rathenauprozeß gegen das Strafmaß und der vom Reichsanwalt verlangten Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte wandte. Auch heute säßen Söhne des sterbenden Mittelstandes auf der Anklagebank. Der Oberreichsanwalt wies in seiner Replik darauf hin, daß es sich im Rathenauprozeß um materielle innere Beihilfe, hier aber um gemeinsamen Mordversuch handele. Der Nebenkläger Scheidemann wandte sich gegen die Ausführungen eines Verteidigers und erklärte besonders, bei den Möbeln, die in seiner Wohnung ständen, handele es sich um Möbel, die in den kaiserlichen Schlössern auf dem Boden gestanden hätten. Gleiche Möbeln ständen bei allen Ministern, Staatssekretären sowie bei den Oberpräsidenten.

Beschlagnahme des Vermögens Ehrhardts.

bb. **Berlin**, 5. Dez. Nach einer Meldung des B. T. aus Leipzig wies der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik die Beschwerde des Korvettenkapitäns Ehrhardt gegen den Haftbefehl zurück. Weiter beschloß der Gerichtshof, Ehrhardts gesamtes Vermögen zu beschlagnahmen.

85 Tage Schulferien.

w. **Berlin**, 5. Dez. Der preußische Unterrichtsminister bestimmte, daß die bisher 80 Tage betragende Gesamtdauer der Ferien für Preußen auf jährlich 85 Tage festgesetzt wird. Infolge der Heizungsschwierigkeiten werden diesmal fünf Tage den Weihnachtsferien zugelegt.

---

s. **Essen**, 5. Dez. Vor dem Schwurgericht wurde heute der Prozeß gegen die Postschaffner Stützinger und Gilzer aus Wattenscheid, Postschaffner Funke und Frau aus Gelsenkirchen, Frau Klimanczewski aus Düsseldorf und deren Tochter verhandelt. Es handelt sich um Betrügereien bei der Güterabfertigung in Gelsenkirchen, die Beraubung des Postwagens zwischen Günnigfeld und Wattenscheid, Ueberfall auf das Postamt 3 in Eickendorf und Unterschlagung von Paketen in Wattenscheid. Die Geschworenen bejahten bei den Angeklagten Stützinger, Gilzer und Funke die Schuldfrage des schweren Raubes, billigten ihnen jedoch mildernde Umstände zu. Demgemäß verurteilte das Schwurgericht Gilzer und Funke zu je 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und Stützinger zu 3 Jahren Gefängnis. Die weiblichen Mitangeklagten wurden gemäß dem verneinenden Spruche der Geschworenen freigesprochen.

w. **Düsseldorf**, 5. Dez. Dem Rheinischen Provinziallandtag, der am 18. Dez. zusammentritt, soll eine Vorlage wegen Aufwendung von 800 Millionen Mk. zum Zwecke der Herstellung von Kleinpflaster auf den durch den Lastautoverkehr hauptsächlich in Anspruch genommenen Provinzialstraßen des Industriegebietes gemacht werden.

TU. **Berlin**, 5. Dez. Geheimrat Ruemelin ist für den Posten des deutschen Gesandten in Sofia ausersehen.

bb. **Berlin**, 5. Dez. Der Abordnung der Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter, die heute im Reichsfinanzministerium wegen der Teuerungsaktion für Dezember vorsprach, wurde erklärt, daß voraussichtlich noch in dieser Woche, spätestens aber in der kommenden, die Einladungen zu einer Besprechung mit den Gewerkschaftsvertretern ergehen würden.

w. **Berlin**, 5. Dez. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, den Urheber eines ungewöhnlichen Betrugsmanövers zu verhaften, durch das eine ganze Reihe von Goldhändlern um Milliardenbeträge geschädigt worden sind. Es handelt sich um den 26 Jahre alten, aus Rußland gebürtigen Kaufmann Samuel Rosenek, der seit dem letzten Frühjahr in Berlin eine Gold- und Silberwarenaufkaufstelle betrieb. Rosenek hat sich auf bisher unbekannte Weise in den Besitz von Blankoformularen der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt Berlin gesetzt. Die von ihm erworbenen Gold- und Silberwaren schmolz er zu Barren um, ließ sie von der deutschen Scheideanstalt prüfen und stempeln, fälschte dann aber mit Hilfe der unrechtmäßig in seinem Besitz befindlichen Blankoformulare deren Angaben und verkaufte die Barren aufgrund der gefälschten Scheine. Entdeckt wurden die Fälschungen Rosenecks durch den Leichtsinn, mit dem er zuletzt bei den gefälschten Eintragungen des Goldgehalts vorging.

bb. **Berlin**, 5. Dez. Die Aerzte der Berliner städtischen Rettungsanstalten beschlossen gestern, vom 1. Januar ab solange keinen Dienst zu tun, bis von der Stadt eine ihrem Stande entsprechende Gehaltsregelung getroffen sei. Bisher war ihnen nur ein Gehalt von 300 000 Mk. jährlich, das ist weniger als für den jüngsten Heilgehilfen, zugebilligt worden.

bb. **Berlin**, 5. Dez. Die „B. Z." meldet: Gestern abend fanden im preußischen Landtag zwischen den Vertretern des Bühnenvereins und der Schauspieler die ersten unverbindlichen Verhandlungen statt. Die Schauspieler fordern wiederum aufgrund der Tagesexistenz einen Mindestsatz von 60 000 Mk. für den Monat November. Die Dezembergage soll später geregelt werden. Hierzu wird der Verband noch heute Stellung nehmen. Gleichzeitig wird er entscheiden, ob durch die gestrigen Verhandlungen eine Basis für eine Einigung gegeben ist.

w. **Breslau**, 5. Dez. Der Polizeibericht meldet, daß die Kaufmannsfrau Eugenie Muschner heute vormittag von ihrem 17jährigen Sohne ermordet worden ist. Es handelt sich um Raubmord.

w. **Paris**, 5. Dez. Wie Havas aus Madrid meldet, hat das spanische Ministerium seinen Rücktritt erklärt.

TU. **London**, 5. Dez. Im Unterhause hat Lloyd George zum ersten Mal in der neuen Session das Wort ergriffen. Als er sich erhob, wurde er von der Mehrzahl der Anwesenden stürmisch begrüßt. Er sprach lange über die Arbeitslosenkrise.

Neue Eisenpreise.

w. **Düsseldorf**, 5. Dez. In der heutigen Sitzung des gemeinschaftlichen Richtpreisausschusses des Deutschen Stahlbundes wurde eine Neuregelung der Eisenpreise auf Grund der seit der letzten Preisregelung eingetretenen Verteuerung der Gestehungskosten, z. B. der Auslandserze, Frachten usw. vorgenommen. Die Ausrechnung ergab eine Verteuerung von insgesamt 49 900 Mark, sodaß sich der neue Thomasstabeisengrundpreis auf 293 200 stellt. Die Erhöhung beträgt 20,52 Prozent des bisherigen Preises. Um diesen Prozentsatz wurden die Grundpreise für die übrigen Richtpreissorten erhöht. Demnach betragen die Richtpreise am 6. Dezember für 1000 Kg. in Thomashandelsgüte mit bekannter Frachtgrundlage: Rohblöcke 214 300, Vorblöcke 237 200, Knüppel 251 600, Platinen 258 200, Formeisen 290 200, Stabeisen 293 200, Universaleisen 317 800, Bandeisen 348 700, Walzdraht 313 800, Grobbleche, 5 Millimeter und darüber 330 700, Mittelbleche, 5 bis unter 5 Millimeter 372 400, Feinbleche, 1 bis unter 3 Millimeter 420 300, Feinbleche unter 1 Millimeter 450 300 Mark. Die seit dem 29. Novgeltenden Mehrpreise für Lieferung in Siemens Martin-Handelsgüte haben sich nicht geändert. Der Zuschlag auf die Marktüberpreise für Halbzeug, Formeisen, Stabeisen, Universaleisen, Bandeisen und Feinbleche beträgt ab 6. Dez. 900 Prozent.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Theodor Hoffen, für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Mittwoch, den 6. Dezember 1922.

Jugendgruppe Altenbochum 1, abends 8 Uhr, bei Hustadt, Steinkuhlstraße, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Neu- bezw. Ergänzungswahl zum Vorstande, 2. Vortrag, 3. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Jugendgruppe Altenbochum (Ortsteil „Prinz von Preußen"), abends 8 Uhr, bei Wahl, Brückstraße, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Willich-Bochum.

Jugendgruppe Hamme 1, abends 8 Uhr, bei Lohmann, Dorstenerstr. 192, wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Hofstede, abends 8 Uhr, bei von Hören, Hernerstr., wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Eppendorf, abends 8 Uhr, bei Niggeling, wöchentliche Zusammenkunft.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 20.— Mark bei Vorauszahlung; bei Rechnungserteilung 22,— Mark.

Deutscher Ostbund, Ortsgruppe Bochum. Generalversammlung am 9. 12., abends 8 Uhr, bei Velten. Vorstandswahl, Mitgliederbeitrag.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch bekannt, daß wir für den Bezirk der Handelskammer als **öffentlich angestellte Sachverständige** vereidigt haben:

1. Kaufmann Aloys Nick in Gelsenkirchen für den Einzelhandel mit Lebensmitteln,
2. Kaufmann Johannes **Kemner** in Bochum für den Einzelhandel mit Herrenartikeln und Pelzwaren,
3. Apotheker Anton **Veil** in Bochum für den Einzelhandel mit Drogen.

Die Beeidigung ist auf Grund der Vorschriften erfolgt, die auf unserer Geschäftsstelle von Interessenten eingesehen werden können.

Bochum, den 4. Dezember 1922.

Handelskammer zu Bochum.

Milchgegenkarten.

Um bei den jetzigen geringen Zufuhren eine gleichmäßige und geregelte Verteilung der Milch vornehmen zu können, ist die sofortige Abgabe der Milchgegenkarten für die am 15. Januar 1923 beginnende neue Verteilungsperiode erforderlich. Die Milchverteiler sind angewiesen, die Gegenkarten einzufordern. Die Abgabe muß bis spätestens 10. Dezember erfolgt sein, da die Verteilungsbezirke der Anzahl der Karten entsprechend für die neue Verteilungsperiode umgestellt werden müssen.

Bochum, den 6. Dezember 1922.

Milchvertrieb Stadt Bochum g. G. m. b. H.

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung unserer Aufsichtsbehörden **tritt am 7. Dezember d. J. ein neuer Tarif in Kraft**, dessen Einzelheiten aus den Wagenaushängen ersichtlich sind.

Westfälische Straßenbahn G. m. b. H.

Amt Weitmar.

Bekanntmachung.

An Stelle des wegen Wegzuges von hier als Gemeindeverordneter ausgeschiedenen Gewerkschaftssekretärs Johann Peters hat nach der durch den Wahlausschuß stattgehabten Feststellung in Gemäßheit der Bestimmung in dem § 21 des Reichswahlgesetzes der Wirt Heinrich Borgböhmer, Breukerholz 8 hier wohnhaft, als Gemeindeverordneter einzutreten.

Weitmar, den 2. Dezember 1922.

Der Amtmann: Roeding.

Große Auswahl in

Ia. Alpaka-Handtaschen

garantiert weiße Unterlage zu wirklich vorteilhaften Preisen.

August Homborg, Hochstr. 2

KAFFEE HACKERT Bochum, Hellweg str. 1. gegenüber der Feinbäckerei und Konditorei

Diese Woche Spezialität: **Mandelcrême-Torte**

Zentralheizungen

Sanitäre Installation
Lieferung von Rohrleitungen,
Abwärmeverwertungs-Anlagen
Waschkauen, 8114

Albert Staubach, Jng.

Fernspr. 669 Bochum Fernspr. 669

BALLHEIL



WILH. RATTE BOCHUM
GEGR. 1876

Zu kaufen gesucht

Bauplatz

für Einfamilienhaus

möglichst Gegend Ehrenfeld.
Angebote an
Chem. Fabrik Weitmar Akt.-Ges.
Post Bochum, Schließfach 157.

Verein. Stadttheater
Bochum-Duisburg.

Mittwoch, 6. Dez., 7–9½ D. 9.
„Don Pasquale"
Karten in allen Preislagen sind noch an der Kasse zu haben.
Donnerstag, 7. Dez., 7 bis 9½ E. 10.
„Die Bohème"

Neues
Operetten-Theater
Nur noch 3 Tage
Der Soldat der Marie.
Operette in 3 Akten
Freitag, d. 8. Dez., abends 8 Uhr:
Abschieds-Abend
des hier so beliebten Operettenkomikers
Herrn Heinz Ludwig
Samstag, d. 9. Dez. abends 8 Uhr:
Kurzes Gastspiel
des I. Operettenkomikers
Herrn Martin Wolff
vom Theater des Westens in Berlin
in der Operette
Schwalben-Hochzeit
von Leon Jessel.
Mittwoch, 13. Dez., nachm. 3½ Uhr:
Zum ersten Mal das große Weihnachts-Kindermärchen
Der Stern von Bethlehem
Ermäßigte Preise.



Leih-Bibliothek
Günstige Bedingungen
Siepmann,
Friedrichstraße 26

Trauringe
massiv Gold 8913
jede Preislage und Form stets vorrätig.
Heinr. Schweers
Goldschmiedemeister
Bochum, Wilhelmstr. 13

Rat u. Hilfe
bei Vaterschaftssachen, Zivil- u. Strafprozessen, Ermittlungen, Beobachtungen od. sonstige interne Angelegenheiten :-: sowie schnellste :-:
Ehescheidung
in vornehmster Form, evtl. ohne persönliche Blosstellung, Erteilung sämtlicher Geschäfts- :-: und Privat- :-:
Auskünfte
bes. bei Verlobung, Heirat, über Vorleben, Ruf, Charakter, Mitgift, usw. auf allen in- u. ausl. :-: Plätzen durch die :-:
Detektiv-Auskunftei „Metus"
8224 Dortmund, Westenhellweg 13, Tel. 3771
Durch große dauernde Erfolge fast ausschließlich auf Empfehlung tätig. Besprechung kostenlos. Garantie für größtmöglichste Zuverlässigkeit u. Diskret

Schuhmacher-Kollori-Maschine,
gut nähend, billig zu verkaufen. **E. Rengelken**

Operetten-Casino — Rottstrasse 29. — 4-Uhr-Mokka — Abend-Konzert

Franz Bombolowsky
Holzhandlung
Fernruf Nr. 4059 u. 2954 / Vierhausstraße 84–88.

Bauholz nach Listen.
Großes Lager in Bau- und Schreiner-Hölzern bester Qualität / Türfutter und Bekleidungen / Hobelware, Besichtigung erbeten.

Altpapier
Akten, Zeitungen, Zeitschriften
zu bedeutend erhöhten Preisen **kauft**
vormals **Josef Levy, Bahnhofstraße 13**
Fernsprecher 2094 Papierverwertung Fernsprecher 2094
Aeltestes Geschäft dieser Art am Platze. Auf Wunsch sofortige Abholung

Engelsburger
Magerkohlen und Briketts
Fettkohlen · Koks
von Zeche Constantin und Prinz-Regent.
Anthrazitkohlen
von Zeche Gottfried Wilhelm
pünktlichst lieferbar
Franz Uhe Ottostraße 41 u. 46 Telefon 2099.

Kunst-Porzellane
Kristalle
Echte Bronzen / Marmor
Größte Auswahl am Platze
August Homborg
Bochum, Hochstraße 2.

Zahn-Praxis
Julius Jacobi
Bochum, Alleestraße 36.
Plomben
Spez. festsitzender plattenloser Zahnersatz.
Eigenes Laboratorium.

J. & F. Biergans
Bochum, Kortumstr. 20.
Damen-Blusen, Röcke,
Kinder-Bekleidung
Strumpfwaren, Wäsche
667

Möbl. Zimmer
in bess. Hause für unsere Beamtin sofort zu mieten gesucht.
Dresdner Bank
Filiale Bochum.

Für einen meiner Herren suche ich per sofort
gut möbl. Zimmer
mit oder ohne Pension.
Hermann Buschhoff, Bochum, Hochstr. 25.

möbl. Zimmer
für sofort oder 15. Dezbr. für soliden, anständigen Herrn gesucht.
Gefl. Angebote erbitten
Hoffmann & Co.,
Kaiserstraße 27.

Bergschüler sucht Nähe Alsenbochum oder Stadtgrenze
möbl. Zimmer
mit voller Pension. Off. unt. **B. 425** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Offene Stellen

Lehrling
mit höherer Schulbildung für mein kaufm. Büro sofort gesucht.
Maschinenfabrik Link
Joachimstr. 15.

Lehrling
mit guter Schulbildung zum möglichst sofortigen Eintritt für ein hiesiges Fabrikkontor gesucht.
Selbstgeschriebene Meldungen unter **H. S. 14630** bef. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Zuverlässiger
Nachtwächter
mit besten Empfehlungen gesucht.
W. Winkelmann.
Obere Marktstr. 37.

Zuverlässige
Frau oder Mädchen
zum Putzen der Büros für sofort gesucht.
Gebr. Kuhmichel A.-G.
Riemke, Bödestr. 17.

Alt. bess. Fräulein
zum Verkauf u. Kassieren sucht
Konditorei Kammann
Essen, Limbeckerstr. 76.

Kaufgesuche

Alt-Gold
-Silber, -Platin,
wie: Ketten, Ringe, Bestecke, Medaillen,
alte Münzen
Zahngebisse
Zahn **400 Mk.** u. mehr
Quecksilber
kauft ständ. höchstzahlend
Zahnpraxis Brückstraße **51.**
Auf Haus-Nr. 51 achten

Grundstück
evtl. mit aufstehenden Gebäulichkeiten, 1 bis 2 Morgen groß, das Eisenbahnanschluß besitzt oder sich ein solcher herstellen läßt, sofort zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. **14697** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gasmotore
von 5–15 PS., wenn auch defekt, und gebrauchte
Shapingmaschine
300–500 mm Hub
zu kaufen gesucht.
Herner Maschinenfabrik,
Herne, Fernruf 1332.

Alt Gold, -Silber,
(kein deutsches Silbergeld)
Brillanten, Alt Platin
kauft ständig
Gust. Arbeiter
Goldschmied.
ABC-Straße 13.

Amerik. Dauerbrenner
tadellos erhalten, mittelgroß zu verkaufen.
Oeffingstraße 12.II

Miets-Gesuche

Junge Dame
(Bankangestellte)
sucht
möbliertes Zimmer.
Offerten unt. Nr. **14757** an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Achtung! Achtung!
Stadtgespräch
ist es, daß Sie die **höchsten Preise** erzielen für
Gold-Silber-Bruch
Platin, Brennstifte, Uhren, Brillanten, Bestecke, Gebisse, Quecksilber usw. bei
H. Terhorst
Gold-, Silber- und Juwelenhändler
Kortumstraße 18
2. Etage **Kein Laden** 2. Etage.
Ankauf von 9–12 und 3–7 Uhr bei reeller, wirklich fachmännischer Bedienung. Diskreter Empfang.

Einfamilienhaus mit Garten
Ehrenfeld oder Stadtpark, 6–8 Zimmer, bald beziehbar, zu kaufen gesucht, oder Kauf halbfertigen Hauses.
Angebote an
Chem. Fabrik Weitmar Akt.-Ges.
Post Bochum, Schließfach 157.

Für die **Lohnabteilung** eines hiesigen großen Werkes wird ein junger Mann mit besserer Schulbildung als
Lehrling
zum sofortigen Eintritt gesucht
Bewerbungen unter **Nr. 14784** an die Exp. dieser Zeitung erbeten.

Großes Hüttenwerk in Westfalen sucht zum möglichst sofortigen Eintritt für seine Abteilung Lohnbüro einen tüchtigen, erfahrenen
Lohnbuchhalter
welcher vor allen Dingen ein äußerst flotter und sicherer Rechner sein muß.
Angebote mit Lebenslauf, Angaben der Gehaltsansprüche, des frühesten Eintrittstermines und von Empfehlungen erbitten wir schnellstens unter **E. N. 3213** an **Ala Haasenstein & Vogler, Essen,** zu richten.

Säcke
kaufen zu den höchsten Tagespreisen. Gr. Posten werden abgeholt. Postk. genügt.
Bauer & Blumenzweig
Hattingerstraße 75.

Alt-Goldankauf
F. Beielstein,
Kortumstraße 18.

Herrenzimmer
Schreibmaschine, Aktenschrank, Linoleumteppich, auch einzeln zu kaufen gesucht. Off. u. **T. O. 33** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Verkäufe

Neue Küchen
und
Schlafzimmer
noch preiswert zu verkaufen.
Bochum, Alsenstraße 9
Nähe der Wittenerstr.

Weihnachtsgeschenk!
Nachmod. Silberbesteck,
n 90 Gr., fabrikneu, 72 Teile, sofort sehr preiswert zu verkaufen.
Gräns, Königsallee 32, III.

1 Paar fast neue
Damenschuhe
Gr. 37, w., zu kl., s. verk
Wielandstr. 34, 2. Etg.

Metallbetten
tadellmatratzen Kinderbetten dir. an Private. Katalog 26 H. Ire Eisenmöbelfabrik Suhl (Thr.)

Uhr- und Goldschmiede
Reparaturen
Beielstein
Kortumstraße 18.

8269 Zum
Puppenkönig
Bochum, Gr. Beckstr. 13.
Aelt. Spezialgesch. am Platze
Puppen werden d. ganze Jahr geheilt. Anfertigung sämtl. Haararbeiten, auch v. ausgekämmten Haaren.
Wilh. Hochsteiler,
Friseur u. Perückenmachermeister, Prüm. Bochum 191

Wer Stoff hat,
od. Paletots u. Anzüge z. Wend., a. sämtl. Militärsachen w. gut u. prompt gem. Rud. Heß. Schneiderm., Inh. Arn. Heß, Maarbrückerstr. 171

Heiratsgesuche

Ehevermittlung „FORTUNA"
1818
Bochum Märkischestraße 10
Gegründet 1912
Inhaber: Frau B. Bylock vermittelt vornehme, sowie Ehen jeden Standes streng reell und diskret. Rückporto. Günstige Gelegenheit für Damen.

Nr. 285. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Mittwoch. 6. Dez. 1922

Neun- oder achtjährige Dauer der höheren Lehranstalten.

Der Preuß. Städtetag hat unter dem 19. Oktober 1922 an den Preuß. Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine Eingabe gerichtet, in der

Versuchen mit dem 8jährigen Lehrgang der höheren Schulen

das Wort geredet wird. Bei objektiver Prüfung der Darlegungen wird man sich nicht des Eindrucks erwehren können, als wenn an erster Stelle finanzielle Gesichtspunkte zur Erhebung dieser Forderungen gedrängt hätten. Gewiß wird niemand in Würdigung der trostlosen Finanzlage unserer Gemeinwesen verkennen, daß weiteste Sparsamkeit ein Gebot der Stunde ist, daß sie aber erst in zwölfter Stunde, wenn alle anderen Möglichkeiten wirklich ausgenützt sein sollten, Anwendung finden darf auf dem Gebiete des Schulwesens. Man sollte sich der großen Verantwortung bewußt sein, daß ein Beschreiten dieses Weges letzten Endes nichts anderes bedeutet als eine

Verkümmerung der Bildungstiefe ganzer Lebensalter.

Wie sich das zudem mit der Frage des Wiederaufbaus, der anerkanntermaßen auch geistiger Natur ist, vereinbaren läßt, will schwer einleuchten. Und noch eins: Es war in Deutschland das bewundernswerte Bestreben aller einsichtigen Eltern, ihren Kindern als gesicherten Besitz eine gute Schulbildung mit auf den Lebensweg zu geben. Wenn die Finanzkraft des Einzelnen dazu leider nicht mehr in der Lage ist, so hat eben für diese Aufgabe bis zur letzten Möglichkeit einzutreten das Gemeinwesen, ideal gesehen als Verkörperung des Gemeinsinnes, real betrachtet als Zusammenfassung der verschieden abgestuften Steuerkräfte. Deutsches Schulwesen war sogar im Ausland als vorbildlich anerkannt, nicht zuletzt wegen der Opferwilligkeit der Städte und Dörfer auf diesem Gebiet; deutsches Schulwesen zu erhalten, soll auch in unserer not- und leidvollen Zeit Gegenstand ernstester Sorge sein, ehe zur Verschlagung bewährter Formen geschritten wird.

Die Denkschrift des Preuß. Städtetages nimmt insbesondere Rücksicht auf jene Gebiete, wo bislang zur Vorbereitung für die höhere Schule dreijährige sog. Vorschulen bestanden, die aber längst nicht alle Besucher der höheren Schule stellten. An deren Stellen tritt nun gesetzmäßig

die vierjährige sog. Grundschule,

d. h. Vorbereitung in der Volksschule. Damit umfaßt der Bildungsgang bis zur Hochschulreife gegen frühere 3 + 9 = 12 Jahre, womit ein Besucher der Vorschule bei glattem Wege ausgekommen wäre, nunmehr 4 + 9 = 13 Jahre. Um auf die frühere Zahl zu kommen, ist es ein einfaches Mittel, **den höheren Schulen einen Jahrgang zu streichen.** Zur Not wäre das noch einleuchtend, wenn man die Vorschulen als Bestandteil der höheren Schulen hätte ansprechen können; ihre geringe Zahl und ihre ungleichmäßige Verteilung über das Land verbieten das aber durchaus. Für uns im Westen hat diese Frage überhaupt keine Bedeutung, weil hier die Vorschulen so gut wie unbekannt waren; hier wurde als Vorbereitung für den Besuch der höheren Schule immer schon, abgesehen von außerordentlichen Begabungen, der vierjährige Besuch der Volksschule als Regel betrachtet. Mithin bringt für unsere Kommunen die Einführung des Grundschulgesetzes garkeine finanzielle Belastung mit sich. Allerdings erhofft man wohl von ihrem Solidaritätsgefühl, wozu noch die verlockende Aussicht auf finanziellen Vorteil durch Abbau eines Jahrgangs der höheren Schulen tritt, bedingungslose Unterstützung des Antrags auf

Einrichtung der achtjährigen höheren Schule.

Es scheint, als sollte die höhere Schule die Einführung der Grundschule gewissermaßen büßen. So wenig nun auch heute noch der Einheitsschulgedanke einer Klärung entgegengeführt ist, so wenig darf behauptet werden, daß einer vierjährigen Grundschule eine achtjährige höhere Schule entspräche. Es sei in diesem Zusammenhang auch noch besonders darauf hingewiesen, daß auch der **Reichsschulausschuß an der neunjährigen höheren Schule festgehalten hat,** gewiß nicht ohne triftige Gründe.

An der Erscheinung, daß die Frage des achtjährigen Lehrgangs der höheren Schule auch in Hochschulkreisen ernsteste Beachtung gefunden hat, geht die Eingabe des Preuß. Städtetages nicht vorüber, nur können wir uns mit der Beleuchtung dieses Punktes nicht ganz einverstanden erklären. Im Sinne des Preuß. Städtetages haben sich bislang ohne Einschränkung nur die Vertreter der technischen Wissenschaft ausgesprochen, in den Kreisen der Mathematiker und Naturwissenschaftler sind die Ansichten geteilt. Nicht herangezogen sind Rechtswissenschaft und Medizin, deren Vertreter, wie wir glauben, einen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Hervorgehoben wird dann besonders, daß die Vertreter der philologisch-historischen Fächer einer Herabsetzung der Schuldauer widersprächen. Wenn deren Urteil in seiner Bedeutung herabgemindert werden soll durch die Begründung, daß nur „ein geringer Bruchteil der Abiturienten sich den philologischen und historischen Studien zuwendet, die Mehrzahl aber ins praktische Leben oder zur Technik übergeht", so können wir das nicht stichhaltig finden. Einmal werden auch hier wieder Rechtswissenschaft und Medizin, abgesehen von der Theologie, die verhältnismäßig weniger Kräfte aufnimmt, gänzlich übergangen; zum andern sollte gerade dem Urteil von Universitätslehrer philologisch-historischer Richtung doppelte Bedeutung beigelegt werden, weil durch ihre Hände die größte Zahl der Lehrer für die höhere Schule geht, für deren wissenschaftliche Ausrüstung sie sich verantwortlich fühlen.

Auch die mehr gehörte Begründung, daß eine Herabsetzung des auf höheren Schulen vermittelten Bildungsumfanges **ohne Schaden des Bildungswertes** und der Bildungstiefe vorgenommen werden könnte, wird in der Denkschrift des Preuß. Städtetages verzeichnet. Es fragt sich aber doch sehr, ob man diesem Ideal, das alles andere als eine Erleichterung der höheren Schule bedeutet, näherkommt, indem man ausgerechnet ein Schuljahr abstreicht. Und dann, wieviele

neue Bildungsstoffe stehen an den Pforten der höheren Schule

und erheischen Einlaß! Deutschkunde (darunter zu verstehen ist anstelle des altgewohnten Deutschunterrichtes die einheitliche Zusammenfassung von deutscher Sprache, Geschichte, Philosophie, Kunst und von Religion), Bürgerkunde, Arbeitskunde, von anderem zu schweigen, sind Probleme, die gerade aus der Not der Zeit heraus geboren sind und zur Ueberwindung dieser Not beitragen sollen. Wie will man ihnen gerecht werden, wenn gar noch ein Schuljahr fallen soll? Von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet, wird man der zur Erörterung stehenden Frage gegenüber zu anderer Einstellung gelangen, als es an jenen Orten möglich zu sein scheint, wo mit Feder, Schere und Papier gearbeitet wird.

Zu unserer ablehnenden Haltung zur Frage der 8jährigen Dauer der höheren Schule bestimmen uns vorzugsweise auch noch **pädagogische Bedenken,** die in allgemeinen Zeiterscheinungen ihre Ursache finden. Es wird wohl niemand behaupten, daß die **Ernährungslage** unsere Schüler zu derartiger Arbeitsleistung befähige, wie das in normalen Friedenszeiten der Fall war. Diese Tatsache in Rechnung zu stellen, ist die Schule durchaus genötigt. Dazu werfen die steigenden Schwierigkeiten der Lebenshaltung ihre Schatten auf das Gemütsleben des heranwachsenden Kindes und vermindern die Arbeitsfreudigkeit. Nicht verkannt werden darf auch, daß die äußeren Verfallserscheinungen, zumal in der Großstadt, bedrohlich auf Körper und Geist unserer Jugend einzuwirken geeignet sind. Wir glauben, daß jeder, der beruflich mit Herz und Geist im höheren Schulleben steht, es aus ehrlicher Ueberzeugung ablehnen muß, einer Herabsetzung der Dauer der höheren Schule zuzustimmen. Wenn die Denkschrift des Preußischen Städtetages sich auf gegenteilige Ansicht einer wachsenden Zahl namhafter Schulmänner beruft, so darf dagegen als gewiß gelten, daß noch manches Wasser den Rhein hinabfließen wird, ehe deren Zahl gegenüber anderer Ueberzeugung erheblich ins Gewicht fällt. Jene Schulmänner sind bei ihrer Ansicht mit Voraussetzungen zu arbeiten genötigt, die sich schwer und zum Teil überhaupt nicht in die Wirklichkeit umsetzen lassen werden. Und wenn den Eltern mit der Hoffnung geschmeichelt wird, ihre Kinder dereinst ein Jahr früher ins Berufsleben eintreten zu sehen, so möchten wir den Eltern warnend entgegenrufen, solch scheinbaren Vorteil doch nicht zu erkaufen mit der Gefährdung der harmonischen Ausbildung ihrer Kinder und gesundheitlicher Beeinträchtigung ihrer Kinder an Körper und Geist.

Es sei noch einmal hervorgehoben, daß wir das Bemühen des Preußischen Städtetages, den finanziellen Druck zu beheben, der auf allen Gemeinwesen lastet, durchaus verstehen; darunter fällt als nicht unwichtiges Mittel der **Sparsamkeitsprinzip.** Wir erwarten aber, daß das Schulwesen von einer unheilvollen Anwendung dieses Prinzips verschont bleibt. Schon heute sparen die höheren Schulen, auf Kosten der äußeren Unterhaltung, Lehrmittel, Büchereien, auf Zahl des Lehrkörpers, auf Größe der Klassen usw. gesehen, ganz beträchtliche Summen; sie werden sich auch in Zukunft jede zeitgemäße Beschränkung auferlegen. Vor einer Ueberspannung des Bogens warnen wir: der Schaden, der daraus entstände, bliebe wohl in seiner ganzen Größe verborgen in der unmittelbaren Gegenwart, würde sich aber verderblich auswirken in der Zukunft, die sicherlich auch noch vollste Leistungen zu verlangen genötigt sein wird.

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 6. Dez.

Der Aufruhr auf dem Wilhelmsplatz.

Der Aufruhr auf dem Wilhelmsplatz-Wochenmarkte vom 30. September d. J. beschäftigte gestern die Strafkammer. Unter Anklage des Aufruhrs stand der Schmelzer Franz Pinkowski von hier. Bekanntlich ereigneten sich am 29. Sept. auf dem Moltkeplatz-Wochenmarkte **Lebensmittelkrawalle,** bei denen es zu wüsten Ausschreitungen und Plünderungen kam. In Befürchtung der Fortsetzung am folgenden Morgen waren die Händler dem **Wochenmarkte** auf dem Wilhelmsplatz **ferngeblieben.** Nur einige Obstbuden waren in Betrieb. Wirklich versammelte sich denn auch gegen 10 Uhr eine Volksmenge auf dem Wilhelmsplatz, unter denen sich nach gerichtlicher Feststellung viele junge Burschen und übelbeleumundete Dirnen befanden. Als nach 10 Uhr Polizeimajor Schmelzer nach einem Gerichtstermine das Amtsgerichtsgebäude verließ, gewahrte er, wie eine lärmende Volksmenge sich gegen eine Besitzerin der gegenüberstehenden Obstbude wandte. Auf die **gellenden Hilferufe** der Frau drang er bis zu ihr vor und befreite sie aus ihrer verzweifelten Lage. Die erregte Volksmenge beschuldigte die Frau, faule Pflaumen verkauft zu haben. Der Polizeimajor stellte sofort fest, daß von einem **Verkauf faulen Obstes keine Rede sein konnte.** Wohl stand abseits des Verkaufsstandes ein Korb mit einer faulen Obstmasse, die aus den übrigen Körben ausgesucht war und später verschüttet werden sollte. Aus der lärmenden Volksmenge fielen Schimpfworte und Rufe, wie: „Haut den Dicken, auf ihn!" Der mehrmaligen Aufforderung, fortzugehen, leistete man nicht Folge. In der vorderen Menge befand sich auch der Angeklagte, der sich ausdrücklich weigerte, den Platz zu verlassen. Der Polizeimajor übergab ihn zur Festnahme einem Polizeibeamten, der ihn zur Wache abführen wollte. Der Beamte wurde aber von der nachfolgenden Menge derart bedrängt, daß er Pinkowski wieder laufen lassen mußte. Währenddessen war der Platz angefüllt mit Menschen. Eine herbeigezogene Streife berittener Polizei vermochte den Platz nicht zu räumen. Sie wurde aus der Menge mit Aepfeln und faulen Eiern beworfen. War die Menge von einer Stelle des Platzes vertrieben, so lärmte sie von der anderen Seite her. Auch gewahrte der Oberwachtmeister, wie aus der Menge den am Neubau der Ditsllontogesellschaft beschäftigten Maurern Zeichen gemacht wurden, Steine auf die berittenen Polizeimannschaften hinabzuwerfen. Gegen Mittag wurde dann mit Hilfe einer herbeigerufenen Fußmannschaft der Schutzpolizei unter Leutnant Sibilla der Platz geräumt. Eine kleine Gruppe, unter der sich wieder Pinkowski befand, blieb stehen; sie folgte schließlich zögernd der Aufforderung, sich zu entfernen. Wiederum weigerte sich P., er suchte sogar den Leutnant beiseite zu schieben, worauf dieser ihn festnehmen ließ. Der Angeklagte P. wurde in der Gerichtsverhandlung als sonst ruhiger Mann bezeichnet, der an diesem Tage, wie der Staatsanwalt ausführte, eine widersetzliche Ader hatte. In den Tagen der Rathenaudemonstrationen hat er den Polizeileutnant Osterloh vor Ausschreitungen einer aufgeregten Volksmenge in der Josefinenstraße gerettet. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die berittene Polizei sich äußerst taktvoll benommen und gegenüber dem Gewühle der Menge eine geradezu mustergültige Langmut bewiesen habe. Die Strafkammer verurteilte Pinkowski wegen Aufruhrs zu 6½ Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft. Wegen seiner sonstigen guten Führung wurde ihm Strafaussetzung zugebilligt gegen Zahlung von 18 000 Mark für die Reststrafe bei dreijähriger guter Führung.

Is. Deutsche Frauenkultur und Frauenkultur. Der Verein eröffnete gestern im Parkhaus seine **Weihnachtsmesse,** und das Interesse, das dieser Ausstellung entgegengebracht wird, ist wahrlich nicht gering. Schon am frühen Nachmittag schob sich die Besuchermenge so dicht gedrängt an den Ausstellungstischen vorüber, daß man froh sein konnte, den Besuch nicht auf eine spätere Stunde verlegt zu haben. Die Ausstellung ist **sehr sehenswert** und **sehr anregend,** letzteres vor allem für die, die selbst künstlerische Handarbeiten ausführen. Merkwürdig ist es, zu beobachten, wie ganz alte Arbeiten wieder auftauchen und wie sich der moderne Geschmack ihrer bemächtigt, um sie unserer Zeit und ihrem Empfinden richtig einzufügen. So sahen wir z. B. petit point-Stickereien — es waren windurchwehte Birken mit hell schimmerndem Stämmen — die in der Ausführung getreu ihren Platz behaupten konnten neben derartigen Stickereien aus der Zeit unserer Ur-Urgroßmütter. **Tülldurchzug-Arbeiten** mit ihrer feinen Spitzenstichfüllung tauchen wieder auf, wie sie etwa um 1830—1870 gemacht wurden, aber die Muster atmen etwas von Jugendstil oder ähnlichem. Neben allerfeinster, zierlichster Nadelarbeit sieht man die groß und flott ausgeführten Sachen, wie sie der Geschmack der letztvergangenen Jahre zeitigte — man macht eben alles, der einzige Maßstab, den man anlegt, ist der, daß Material und Arbeit künstlerisch zusammenklingen müssen, und darum wird hier wirklich ein Stück Frauenkultur gefordert. Die **Frauenschule Bochum** und die **Fortbildungsschule Bochum** haben einen großen Tisch mit Arbeiten ausgestellt, erstere zeigt vor allem weiße Strickdecken und Häkelsachen aus bunter Wolle, beides in schönster Ausführung; letztere hat eine solche Menge von Kissen und Schlummerpuffs in jeder nur denkbaren Form, Verarbeitung und von solcher Auswahl der verschiedensten Materialien ausgestellt, daß man bei dem Anblick denkt „nicht nur ein Viertelstündchen", sondern sein halbes Leben möchte man inmitten all der Molligkeit verträumen. Selbstverständlich ist „das Viertelstündchen" total von der Bildfläche verschwunden, über derartige Hausgräuel sind wir zum Glück hinaus. Der „**Frauenbund zur Förderung der deutschen Spitzenindu-**

Varus, gib mir meine Legionen wieder!

Dieser Verzweiflungsruf des Kaisers Augustus wandelt sich für Ungezählte in unsern Tagen in das laute oder heimliche Seufzen: „Hätt' ich doch meine Nerven von früher!" — Unübersehbar ist die Schar von Abgearbeiteten, Immermüden, Rekonvaleszenten, die nach überstandener Krankheit sich nicht erholen können. Ein Heer für sich bilden die in der Nervenmühle großstädtischer Hast Zerriebenen, die Blutarmen, Bleichsüchtigen, die Sonnenlosen, die bei der Teurung an keine durchgreifende Erholung im Gebirge oder an der See denken können. Aber eins hilft gewiß: das bluterneuernde, nervenstärkende, von vielen Aerzten empfohlene, gesetzlich geschützte Stärkungsmittel Neoferrol aus der Chemischen Fabrik J. F. Neuhaus! Das gibt die Nerven von früher wieder! Ein dankbarer Patient schreibt: „Nachdem ich fast alle andern Mittel erfolglos versucht hatte, wurde ich auf Neoferrol aufmerksam . . . Nach kaum einer Woche war schon eine bedeutende Besserung eingetreten, die auch weiter anhielt!" — Neoferrol ist in allen Apotheken und Drogerien in flüssiger Form zu 750.— Mk. oder in Pillenform zu 300.— Mk. erhältlich.

Niederlagen: Alte Apotheke, Marktplatz, Ecke Rosenstr.; Hubertus-Apotheke, Bochum-Ehrenfeld; Drogerie E. A. Hucklenbroich, Brückstr. 65; Drogerie F. u. H. Knepper, Dorstenerstr. 93; Drogerie Störing, Hellwegstr. 1; Germania-Drogerie, Carl Balkenhol, Kaiser-Friedrich-Platz 9; Humboldt-Drogerie, Eugen Schuh, Allee- u. Humboldtstr.-Ecke; Kronen-Drogerie, Josef Grosche, Jäger- u. Kronenstr.-Ecke; Präsident-Drogerie, Friedr. Meißner, Dorstenerstraße 79; Rechen-Drogerie, Heinrich Wippermann jr., Westfalenplatz; Schwanen-Drogerie, A. Peil, Friedrichstr. 34; Stadt-Drogerie, Bongardstr. 19; Westfalia-Drogerie, Hattingerstr. 34. In Weitmar b. Bochum: Drogerie W. Stens, Hattingerstr. 98; Drogerie Otto Wehmer, Hattingerstr. 195.

Die Auswanderer.

Original-Roman von O. Elster.

(Nachdruck verboten.)

89

Eine Weile herrschte ein mürrisches Schweigen zwischen den beiden Spießgesellen. Dann sagte Filippo, die schwarzgebrannte Stummelpfeife ausklopfend:

„Ist der Braten noch nicht fertig?"

„Gedulde dich noch ein wenig."

„Garstig! Drei Tage im Sattel ohne einen warmen Bissen, das macht Hunger! So gib mir wenigstens den Branntwein herüber."

„Hier. Aber laß mir noch einen Schluck übrig. Es ist nicht mehr viel in der Flasche."

Der andere trank einen tüchtigen Schluck, dann gab er die Flasche mit einem Seufzer der Befriedigung zurück.

„Die verdammten Polizisten waren uns übrigens dicht auf den Fersen," sagte Carlo. „Ich fürchtete, unsere Gäule würden nicht durchhalten."

„Dafür sorgten unsere Peitschen und Sporen," lachte Filippo. „Die vollgefütterten Gäule der Polizisten verloren den Atem."

„Ja, die Polizei haben wir nicht mehr zu fürchten. Aber den Indianern, denen wir heute morgen begegneten, traue der Teufel."

„Fürchtest du dich vor den armseligen Schuften?" spottete Filippo. „Sie hängen ja kaum noch in der Haut und sind selber verhungert."

Eine Weile des Schweigens, in der Carlo den Bratspieß drehte, den er aus dem harten Holz einer Akazie geschnitzt hatte. Da erklang plötzlich das Wiehern des einen angepflockten Pferdes durch die Stille der Nacht.

„Was haben denn die verdammten Biester?" fluchte Filippo. „Das klingt ja gerade, als ob sie ein fremdes Pferd begrüßten."

„Sieh doch mal nach."

Filippo entfernte sich. Nach einer Weile kehrte er zurück.

„'s nichts," brummte er. „Ist das Fleisch gar?"

„Ja."

„So wollen wir essen."

Mit ihren breiten Messern schnitt sich jeder ein Stück von dem halbrohen Fleisch ab und verschlang es gierig.

Dann sagte Carlo: „Wär's nicht besser, wir jagten die Pferde wieder in die Pampa zurück?"

„Nein, wir wollen sie in Chile verkaufen."

„Wir werden sie schwer über die Berge kriegen."

„So mögen sie sich den Hals brechen," knurrte Filippo, wickelte sich in einen Pancho und legte sich zum Schlafen nieder.

Der Andere stierte mit finsteren Augen in das Feuer. Ihm behagte das ganze Abenteuer eigentlich nicht, und wenn nicht die Pesos des Engländers gewesen wären, und er noch manches anderes auf dem Kerbholz gehabt hätte, so würde er sich dem Filippo wohl kaum angeschlossen haben. Er hatte ja den Deutschen nicht niedergestochen.

So saß er, grübelte und bemerkte nicht das dunkle Gesicht, das durch die kleine Fensteröffnung der Hinterwand in die Hütte lugte, um nach kurzem wieder zu verschwinden. Doch ein Schnauben und Stampfen der Pferde erweckte ihn aus seinem Grübeln.

„Ich will die Gäule doch lieber anbinden," brummte er, erhob sich und trat vor die Hütte.

Finstere Nacht herrschte draußen. Der Wind sauste in den Kronen der alten Bäume. Der Schrei einer Eule ertönte. Die Gestalt des Banditen hob sich scharf von dem durch das Feuer erhellten Innern der Hütte ab.

Plötzlich zuckte er zusammen. Er glaubte in der Büschen dunkle Gestalten bemerkt zu haben. Er wollte in die Hütte zurücktreten, doch mit einer dumpfen Gurgeln brach er zusammen, ein Lederriemen schnürte sich um seinen Hals — ein Lasso! das war sein letzter Gedanke, dann fiel er bewußtlos und röchelnd zur Erde nieder.

Einige dunkle, kaum bekleidete Gestalten eilten auf ihn zu, elende, halbverhungernde, in Lumpen gekleidete Indianer, aber einer von ihnen, besser gekleidet und von einem Pancho umflattert, hielt sie zurück.

Aber seine Bemühungen, die Indianer zurückzuhalten, kamen zu spät. Ohne einigen Lärm ging es dabei nicht ab, und dieser mußte natürlich den schlafenden Filippo wecken. Er erschien denn auch plötzlich in der niedrigen Tür der Hütte, und die dunklen Gestalten sehen und sie mit einigen Schüssen seines Revolvers begrüßen, war das Werk eines Augenblicks.

Sofort verschwanden die Indianer in dem hohen Grase oder in dem Gebüsch. Ein Lasso schwirrte heran, stieß sich aber an dem oberen Rand der Türöffnung, und Filippo, die Gefahr erkennend, sprang in die Hütte zurück und lud seinen Revolver rasch von neuem. Dann horchte er abermals in die Nacht hinaus, die finster und still auf der Schlucht lastete, wie wenn kein lebendes Wesen in der Umgebung der Hütte vorhanden wäre.

„Zum Teufel," fluchte Filippo leise, „wo steckt denn der Carlo? Haben ihn die Schufte schon umgebracht?"

Vorsichtig spähte er in die Nacht hinaus. Aber er konnte nichts entdecken. Wenn die Indianer den Unglücklichen schon umgebracht hatten, so hatten sie ihn auch schon in das Gebüsch gezogen. Von den Pferden war auch nichts mehr zu sehen; die Indianer mußten sie mit sich fortgeführt haben.

Filippo warf neues Holz auf das Feuer, das hoch emporflammte. Er fürchtete die Bande nicht, die ihn überfallen hatte. Er wußte, daß die Indianer keine Feuerwaffen führten, gegen ihre Speere würde er sich schon decken können, und wehe dem, der sich der Hütte näherte! Sein Revolver würde ihm bald den Garaus gemacht haben. Wenn es nur erst Morgen werden wollte, daß er seine Feinde ordentlich aufs Korn nehmen konnte. Die braunen Schufte würden sich dann nicht mehr in die Nähe der Hütte wagen, denn sie waren zu feige, um sich den Revolverschüssen auszusetzen. Die größte Gefahr für ihn war das Lasso, das die Indianer mit erstaunlicher Sicherheit zu schleudern wußten. Aber gegen diese Gefahr schützte ihn die Hütte.

Er lauschte angestrengt. Nichts schien sich in der Umgebung zu rühren.

Plötzlich erschreckte ihn ein heiseres, knarrendes Geräusch in seinem Rücken! Rasch wandte er sich um, und ein Fluch entrang sich seinen Lippen. Zum Henker! Er hatte das kleine fensterartige Loch in der Hinterwand der Hütte ganz vergessen. Und wie er noch darauf hinstarrte, da funkelten ihm zwei schwarze Augen entgegen; ein braunes Gesicht zeigte sich in der Oeffnung — rasch erhob er den Revolver — aber schon krachte der Schuß seines Feindes — er taumelte — er schoß seinen eigenen Revolver noch ab — dann brach er ächzend in die Knie — es ward ihm schwarz vor den Augen — heiß fühlte er das Blut ihm in die Kehle steigen, daß er fast erstickte.

Und da erscholl wildes Geschrei, und wie eine Bande blutgieriger Dämonen drang eine Unzahl Indianer in die Hütte und stürzte sich auf ihn.

Noch einmal raffte er sich auf und schoß in den wirren Haufen der dunklen Gestalten. Lautes Geheul antwortete seinen Schüssen. Der Schlag einer Keule schmetterte ihn nieder, er stürzte zusammen und verlor das Bewußtsein.

Als er aus seiner Ohnmacht erwachte, war es heller Morgen. Es schmerzte ihm der Kopf, den durch den Keulenschlag getroffen war, jeder Atemzug schnitt ihm schmerzend durch die Brust, die das Geschoß seines Feindes durchbohrt hatte. Er wollte sich aufrichten, aber er war an Händen und Füßen gefesselt. Stöhnend sank er zurück.

Mehrere Indianer hielten Wacht an der Tür der Hütte. Ein Indianer, in einen Pancho gehüllt, saß neben ihm und rauchte gleichgültig seine Pfeife.

(Fortsetzung folgt.)

Arte" nimmt eine Ecke des einen Ausstellungsraumes ein, vor dem man in fast andächtiger Bewunderung steht. Da ist eine Häkeldecke von solch künstlerischer Vollendung, daß man voll Neid an den Glücklichen denkt, der derartiges erwerben kann; auch ein Store, ein Zusammenklang von Spitzenstichen, feinster Häkelarbeit und ebenso feiner Stickerei ist ein Wunderwerk von künstlerischem Geschmack. Der Verein will vor allem den Heimarbeiterinnen hilfreich sein und das kann ihm nicht schwer werden, wenn solche Arbeiten geliefert werden. Weiter sind sehr zierliche Puppenmöbel ausgestellt, die im Augusta-Krankenhaus angefertigt werden. Der Tisch mit Nürnberger Spielzeug, die Dresdner Arbeiten, die Weißstickereien einer Bochumerin, Thea Rosen, das Städtische Seminar mit entzückenden Ostt-Arbeiten, handgemalte Seidenbänder und zahllose andere Arbeiten regen zur Bewunderung und Nacheiferung an, man kann der Fülle von Einzelheiten garnicht gerecht werden. Besonders erwähnen möchten wir aber noch die Ausstellung von zwei Kasseler Damen. Da sind Knöpfe, handgeknüpfte Gürtel, Schmuckschließen, jedes für sich ein kleines Kunstwerk, ganze Kleider, die in jedem Teil einzeln bewundert werden müssen. Vor allem fiel uns ein silbergraues Crepe de Chine-Kleid und eins in Rohseide auf, letzteres hatte vorn am Leibchen eine feine ornamentale Stickerei, die ohne Aufzeichnung eingestickt war und durch Geschmack und Akkuratesse auffiel; auch eine nach antikem Muster gearbeitete Seidenkappe war durch die feine frei ausgeführte Stickerei ein kleines Wunder an Zierlichkeit. Die Ausstellung ist sehr sehenswert, wir können das nur immer wieder betonen. Auch unsere Bochumer ausstellenden Firmen zeigen sehr schöne Sachen, die man sich wirklich ansehen muß.

§ **Schwurgericht.** Das Schwurgericht verurteilte den Bergpraktikanten Ernst Rentzel wegen versuchten Betruges zu 30 000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte hatte versucht, mit Hilfe von gefälschten Papieren zu Essen bezw. Bochum vom Versorgungsamt Entlassungspapiere und Militärkleidungsstücke zu erhalten.

Drei gefährliche Einbrecher verhaftet. Es hatten sich der Schmied Fritz Strömer, Berggate, der Arbeiter Fritz Gehres, Berggate, und der Dekorateur Johann Hohmann, Bahnhofstraße, zusammengetan in der Absicht, sich zunächst neu einzukleiden und nach Verübung mehrerer großer Einbruchsdiebstähle nach Brasilien auszuwandern. Es gelang ihnen, in der Nacht zum 17. 11. in das Geschäft Clausner, Brückstraße, einzudringen und für mehr als ½ Million Mark Kleidungsstücke zu entwenden. Der zweite Einbruch bei Ojemann, Malteserstraße, brachte ihnen keine Früchte, da sie durch eine Alarmvorrichtung verscheucht wurden, obwohl sie schon durch die Mauerwand ein Loch gebrochen und in den Laden eingedrungen waren. Sie mußten in der Nacht zum 30. 11. nach mehrstündigen vergeblichen Bemühungen, in das Goldwarengeschäft Schrader, ABC-Straße, einzubrechen, von dannen ziehen, weil die feste Wand zu guten Widerstand leistete. In der Nacht zum 3. 12. brachen sie unter Anwendung von Bohrern und Brecheisen in ein in der Bahnhofstraße 49 gelegenes Margarine-Lager ein und entwendeten 3½ Ztr. Butter und Speck. Die Diebesbeute wurde nach dem Hause Ottostraße 8 in mehreren Transporten gebracht, endlich von der Kriminalpolizei gefunden und dem rechtmäßigen Besitzer ausgehändigt. Ebenso wurde bei der in der Hofstedestraße wohnenden Braut des Loose ein großer Teil des aus dem Geschäft Clausner stammenden Diebesgutes gefunden und zurückgegeben. Die Burschen waren mit modernen Brechwerkzeugen ausgestattet, die sie sich aus gestohlenem Material selbst angefertigt hatten. Sie würden ihr böses Tun zweifellos fortgesetzt haben, wenn sie nicht die Hand der Polizei erfaßt haben würde.

Polizeibericht. Durch Einbruch wurden gestohlen: von einem verschlossenen Trockenboden in der Essenerstr. ein Hemd; aus dem Schrank einer hiesigen Zeche ein Messer, eine Brille, Seife und Tabak; aus einem Umbau in der Graf-Engelbert-Str. etwa 120 Pfund ¾zölliges Bleirohr — zwei Stücke, zum Teil weiß gestrichen. — Ferner sind gestohlen worden: aus einer Wohnung in der Baarestr. zwei Brillantringe und ein Trauring; aus einem Laden in der Dorstenerstr. ein Rock, Weste und Hose; aus einer Klasse im Gymnasium ein Platintiegel; aus einer Wirtschaft in der Hattingerstr. und Schützenbahn Bleirohre; aus einer Wirtschaft am Wilhelmsplatz 6 Mille Zigarren; aus einem Büro eines Geschäftshauses in der Rolenstraße 10 000 Mark; von einem Hause in der Hofstederstraße Zinkrohre; in der Dorstenerstraße ein Fahrrad, Marke „Presior". — Zur Anzeige gelangten drei Personen wegen Diebstahls. — Festgenommen wurden: drei Personen wegen Einbruchsdiebstahls; vier Personen wegen Diebstahls; drei Personen wegen Hehlerei und je eine Person wegen Betruges und Umhertreibens.

Margarine-Dieb. Durch die Polizei angehalten wurde in der Nacht zum 3. d. M. in der Nähe des Hauptbahnhofes ein verdächtig erscheinender Mann, bei dem 60 Pfund Margarine gefunden wurden, über deren Herkunft Zweifel bestanden. Er wurde festgenommen und unternahm dann einen nutzlosen Fluchtversuch. Der von ihm abgegebene Name wurde durch die Kriminalpolizei als falsch festgestellt, ebenso die Angaben über den Abnehmer des Diebesgutes. Es gelang, die Sache völlig aufzuklären, die Mittäter und Hehler zu ermitteln und festzunehmen.

× **Diebstahl von Baumaterialien.** In einer Nachbarstadt erfährt die Zeitung folgendes: Da die Diebstähle von Baumaterialien aller Art — einerlei, ob eingebaut oder nicht —, einen erheblichen Umfang angenommen haben, ist angeregt worden, derartige Entwendungen wie Einbruchsdiebstähle zu bestrafen. Die Polizeibehörden haben Anweisung erhalten, dieser Angelegenheit besondere Beachtung zu schenken und alle derartigen Vergehen unnachsichtlich zu verfolgen. Diese Verordnung sollte wirklich allgemein Geltung erhalten, da die so wichtigen Neubauten bei der bestehenden Wohnungsnot auf jede Weise geschützt werden sollten.

Amtlicher Wetterbericht.

Aussichten:

Veränderlich, zeitweise auch trübe mit Regen, ziemlich mild.

Handel / Industrie / Verkehr

1 Dollar am 5. Dez. 8354 Mark.
(Nach der amtlichen Berliner Notierung) „ 4. „ 8329 „

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen	4. Dez. Geld	4. Dez. Brief	5. Dez. Geld	5. Dez. Brief	Höchst. bish. G.
Holland 1 G.	3316.68	3333.32	3336.63	3353.57	3581.10
Belgien 1 Fr.	540.14	542.86	536.15	538.85	513.71
Norwegen 1 Kr.	1501.23	1508.77	1556.10	1563.90	1716.70
Dänemark 1 Kr.	1655.85	1664.15	1695.75	1704.25	1825.42
Schweden 1 Kr.	2189.50	2200.50	2254.35	2265.65	2438.88
Italien 1 Lir	406.98	409.02	416.45	418.55	384.03
England 1 St.	37057.1	37242.9	37905.0	38095.0	40398.7
Amerika 1 D.	8329.12	8370.88	8354.96	8395.04	9127.12
Frankreich 1 Fr.	683.53	686.47	673.56	676.44	553.61
Schweiz 1 Fr.	1571.06	1578.94	1561.08	1568.92	1675.80
Spanien 1 Pes.	1274.30	1280.70	1271.81	1278.19	1381.53
Dtsch.-Oest. 100 Kr.	—.—	—.—	11.72	11.78	—.—
Tsch.-Slow. 1 Kr.	—.—	—.—	262.34	263.66	296.25
Ungarn 1 Kr.	—.—	—.—	3.61	3.63	3.69

Rheinisch-Westfälischer Devisenmarkt.

p. Die Kurse wiesen gestern keine nennenswerten Aenderungen auf. Gegen Abend notierten: **Holland 3300 — 3375, Brüssel 525 — 540, Paris 575 — 590, London 38 000 — 38 500, Dollar 8300 — 8500.**

p. **Düsseldorfer Kurzenbörse** vom 5. Dezember. Die Aufwärtsbewegung setzte sich auf allen Märkten fort. Kohlenkuxe waren ziemlich ruhig, aber fest. Von Kaliwerten waren besonders schwere verlangt, teilweise erhöht. Burbach konnten ihre Kurse um 500 000 Mark aufbessern; gleichfalls steigend waren Neustaßfurth und Friedrichshall. Auf dem Markt der unnotierten Werte konzentrierte sich diesmal das Interesse hauptsächlich auf Werte des Rheinhandelskonzerns, die unter Führung von Friedrich Elsas je 500—1000 Punkte gewannen.

p. **Kölner Getreidebörse** vom 5. Dez. Starkes Angebot in Brotgetreide und Weizenmehl. Es notierten: Weizen 30 500—31 500, Roggen 28 000 bis 28 500, Hafer 30 000—39 000, Futtergerste 29 000—31 000, Wintergerste 27 000—29 000, Mais (grob) 30 000—34 000, Mais (La Plata) 35 000—35 000, Rübkuchen 14 500—19 500.

Viehpreise.

Bericht der Preisnotierungskommission zu Bochum vom 4. Dezember.

Auftrieb: 174 Stück Großvieh, 35 Kälber, 125 Schweine, 41 Schafe.

Die Marktpreise betrugen pro 50 Kg. Schlachtgewicht für:

Ochsen und Kühe: Vollfleischige ausgemästete bis zu 7 Jahren (einzelne ausgesuchte beste Tiere über Notiz) 65 000—67 000, mäßig genährte jüngere, gut genährte ältere 58 000 bis 63 000, geringere Ochsen und Kühe 40 000—52 000.

Bullen: Vollfleischige ausgemästete Bullen höchsten Schlachtwertes (einzelne ausgesuchte Bullen über Notiz) 52 000—53 000, mäßig genährte, junge und ältere Bullen 49 000—51 000.

Kälber: 1. Qualität (ausgesuchte über Notiz) 51 000—52 000, 2. und 3. Qualität 48 000 bis 50 000.

Schweine: Schwere fette Schweine (ausgesuchte über Notiz) 67 000—68 000, vollfleischige Schweine bis zu einem Jahr 63 000—66 000, geringe Schweine und Sauen 57 000—60 000.

Schafe: Gut genährte Hammel und Schafe 50 000—51 000, mäßig genährte Hammel und Schafe 43 000—48 000.

Aus dem Landkreise Bochum.

ao. **Gerthe**, 5. Dez. Diebstahl. Dem Arbeiter Stefan van der Wielen wurden neben 990 Mark Steuerkarte, Versicherungskarte und Brotmarken gestohlen. Beim Auftauchen dieser Papiere wolle die Polizeiverwaltung Gerthe benachrichtigt werden. — Versuchsweiser Verkehr. Die Strecken der Westfälischen Straßenbahn sind bis auf die Bochum-Castroper- und Gerthe-Herner Strecke wegen Unrentabilität stillgelegt. Die Gemeinde Harpen hat nun, um den vielfach geäußerten Wünschen der Einwohnerschaft entgegenzukommen, mit der Westfälischen Straßenbahn die Vereinbarung getroffen, für den Monat Dezember den Verkehr versuchsweise in beschränktem Maße wieder aufzunehmen. Sollte die Inanspruchnahme der Straßenbahn so gering sein, daß der Betrieb selbst für die wenigen eingelegten Wagen wesentliche Gemeindezuschüsse erfordert, so ist mit der endgültigen Stillegung der Harpener Strecke zu rechnen. Die Wagen fahren Werktags an Abzweigung Harpen in Richtung Harpen: 7.08, 8.20 vorm.; 12.20, 1.08, 1.32, 3.32, 7.32 nachm.; an Harpen Hoffmann, in Richtung Abzweigung Harpen: 7.44, 8.56 vorm.; 12.56, 1.20, 2.08, 4.08, 7.44 nachm. Sonntags. Ab Abzweigung Harpen in Richtung Harpen: 2.20, 2.44, 9.08 nachm.: ab Harpen (Hoffmann) in Richtung Abzweigung Harpen: 2.32, 3.20, 8.20 nachm.; ab Bochum (Schwanenmarkt haben folgende Wagen der A-Linie Anschluß nach Harpen. Werktags: 6.56, 8.08 vorm.; 12.08, 12.56, 1.20, 3.20, 7.20 nachm. Sonntags: 2.08, 2.32, 8.56 nachm.

§ **Werne**, 5. Dez. Deutsche Volkspartei. Sonnabend, 2. d. M., fand in beiden Sälen des Restaurants „zur deutschen Flotte" ein Unterhaltungs- und Familienabend der Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei, Werne, Kreis Bochum, statt. Beide Säle waren bis auf den letzten Platz gefüllt, viele Besucher, welche keinen Platz mehr fanden, mußten umkehren. Das sehr reichhaltige und vor allem gut zusammengesetzte Programm wurde von der Jugendgruppe ausgeführt. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Bergassessor Schulze-Bellingbauen begrüßte die Erschienenen und erteilte anschließend Herrn Pfarrer Dr. Luther, M. d. R. Berlin-Charlottenburg, das Wort zu seinem Vortrage. Das Orchester der Jugendgruppe leistete unter Führung des Herrn Arthur Klämbt, Außergewöhnliches. Es sei besonders das Geigensolo des Herrn Klämbt, „Célèbre Serenata" von E. Dofelli, op. 6, hervorgehoben. Herr Kl. erntete reichen Beifall. Das Theaterstück „Der rote Faden" brachte großen Erfolg, ebenso die Volksliedsszenen in Schattenbildern und das Terzett „Das gestörte Ständchen". Der Verlauf des Abends war ein sehr guter und der Erfolg ein großer.

* **Weitmar**, 5. Dez. Evang. Gemeinde. In der Sitzung des Presbyteriums und der Repräsentation der hiesigen evang. Kirchengemeinde wurde beschlossen, von der Orgelbaufirma die Erfüllung des Abkommens und Auftrages (also Ersetzung der Lederpfeifen durch die tönenden Pfeifen) zu fordern. Ferner wurde in Rücksicht auf die Geldentwertung der Preis für Erbgruften erhöht und auf 5000 Mark für eine Normalgruft zu vier Gräbern festgesetzt. Die Gebühren für Reihengräber für aus der Kirche Ausgetretene wurden festgesetzt für Erwachsene auf 2500 Mark und für Kinderleichen auf 1800 Mark.

Aus der Nachbarschaft.

Gemeinderatssitzung in Leithe.

* **Leithe**, 5. Dez. In der Gemeinderatssitzung wurde für den Ehrenfriedhof in Lippspringe ein einmaliger Beitrag von 1500 Mk. bewilligt. Rektor Prein wurde zum Schiedsmann wiedergewählt. Die Postbehörde teilte mit, daß eine Posthilfsstelle in Leithe nicht eingerichtet werden kann, weil die Gemeinde zum Ortsbestellbezirk Wattenscheid gehört. Auf die Herstellung von Familienwohnungen in der katholischen Schule muß die Gemeinde wegen der hohen Kosten verzichten. G.-V. Krekler wünscht, daß der Lichtverbrauch bei den Versammlungen in den Schulen geregelt werde. Das führte zu einer längeren Aussprache über den Gebrauch bezw. Mißbrauch der Schulen für Versammlungszwecke überhaupt. Am Schluß der Aussprache stellte G.-V. Kuhles (Zentr.) den Antrag, die Vereine wieder aus den Schulen zu entfernen und nur den Jugendlichen den Gebrauch der Räume zu gestatten, wie es die Verfügung des Ministers vorsehen. Für die Aschenabfuhr fordert ein hiesiger Fuhrmann monatlich etwa 45 000 Mark bei 4½ Tagen Arbeit. Dieser Betrag erscheint dem Gemeindevorstand zu hoch. Er beschließt deshalb, daß die Hausbesitzer für Aschekisten sorgen sollen und sämtliche Gemeindeeinwohner für die Abfuhr selbst Sorge tragen sollen; die Bewohner der einzelnen Häuser sollen sich darüber einigen, wie sie die Sache handhaben wollen. Die Abfuhr erfolgt nur Dienstags und Freitags von 8—12 Uhr vormittags und von 2—6 Uhr nachmittags.

Aus den Provinzen.

* **Buer**, 5. Dez. Millionenschiebung. Einer der wenigen Fälle, in denen die Täter einer versuchten Millionenschiebung überführt und das gestohlene Gut bezw. die zu verschiebenden Werte erfaßt werden konnten, ereignete sich in den letzten Tagen in Buer. Der als Kaffeehaussänger auch einigemale in Buer aufgetretene F. Lauterbach hatte seit einigen Monaten Beziehungen zu einem jüngeren Angestellten der hiesigen Stadtverwaltung angeknüpft. Die beiden Freunde kamen häufig in hiesigen Lokalen zusammen, und L. ließ durchblicken, daß er ein „Geschäft" habe, an dem große Summen zu verdienen seien. Es seien Riesensummen beim Verkauf von Werkzeugen nach Holland zu verdienen. Inzwischen war das Vorhaben, an dem mittlerweile acht junge Leute beteiligt waren, nicht unauffällig geblieben. Die Gesellschaft, die häufig in einem hiesigen Kaffee zusammentraf, wurde beobachtet und verfolgt. Am Tage vor Buß- und Bettag hatte L., wie schon oft, eine Reise nach auswärts gemacht und kehrte abends mit schweren Paketen zurück. Jetzt war für die Polizei der geeignete Zeitpunkt zum Zufassen gekommen. L. wurde verhaftet, und beim Verhör stellte sich heraus, daß ein Bruder von ihm, der auf der Gutehoffnungshütte in Sterkrade eine Vertrauensstellung bekleidete, die Werkzeuge seit Jahren nach und nach entwendet hatte. Eine sofort vorgenommene Durchsuchung der Wohnung der Betreffenden führte allerdings zu keinem Ergebnis. Erst als Werksbeamte der Gutehoffnungshütte bei den Verwandten der Gebrüder L. in Elberfeld nachforschten, kamen die gestohlenen Gegenstände ans Tageslicht. Außer einer Menge Stahlbohrer in allen gangbaren Dimensionen wurde eine Anzahl Schaber, Fräser, Gewindeschneider, Schublehren, Tasterzirkel und sonstige Präzisionswerkzeuge für Feinmechanik vorgefunden, die einen Gesamtwert von mehreren Millionen Mark repräsentieren. Wäre die Schiebung nach dem Auslande geglückt, so hätte nicht nur die bestohlene Firma einen schweren Verlust erlitten, sondern auch die ausländischen Aufkäufer wären mit einem Schlage in den Besitz von Gegenständen gelangt, die bisher nur in Deutschland fabriziert wurden und deren Ausfuhr bislang verboten war.

* **Hörde**, 5. Dez. Erschossen. Bei einem Zusammenstoß, der zwischen Phönixfeuerwehrleuten, die bekanntlich auch mit der Beaufsichtigung der Werksanlagen beaufsichtigt worden sind, und einer Anzahl Arbeiter stattfand, erhielt der jugendliche Fabrikarbeiter Tacke, wohnhaft Benninghoferstraße, einen Schuß in den Bauch, an dessen Folgen er gestern verschieden ist. Die Klärung der Schuldfrage und der Einzelheiten des betrübenden Vorfalles ist in die Wege geleitet. Soweit bis jetzt erwiesen ist, hat laut „Hörder Volksblatt" die von ihren Gegnern bedrängte Feuerwehr zwar mehrere Schreckschüsse abgegeben, ob darunter aber auch der tödliche Schuß, ist noch nicht festgestellt.

* **Lüdenscheid**, 5. Dez. Straßenräuber überfielen nachts in der Poststraße einen auswärtigen Pferdehändler, warfen ihn rücklings zu Boden und entrissen ihm seine Brieftasche mit rund 180 000 Mark. Die Räuber, drei junge Burschen aus Lüdenscheid, wurden festgenommen.

* **Iserlohn**, 5. Dez. Großfeuer. Die der Witwe Frz. Richard gehörende Ihmerter Mühle brannte mit anschließenden Gebäulichkeiten bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die schon über 100 Jahre alte Besitzung war unvorsichtigerweise nicht versichert, so daß der Besitzerin ein riesiger Schaden entstanden ist. Möbeln und Getreide konnten den Flammen noch entrissen werden, während das aufgestapelte Stroh und Heu verbrannte. Bei dem raschen Umsichgreifen des Feuers konnte die Feuerwehr nichts mehr retten.

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

Ablehnung der Spanienreise des Essener Turnerbundes durch den Ausschuß des Westdeutschen Spielverbandes.

Der Verbandsfußballausschuß des Westdeutschen Spielverbandes lehnt die Spanienreise des Essener Turnerbundes ab.

Diesen Bescheid mit folgender Begründung ging der Vereinsleitung des Essener Turnerbundes zu:

Die heutige Zeit, die wir als Deutsche durchleben müssen, sei es auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet, birgt so viele Schwierigkeiten und Unsicherheiten in sich, daß wir es nicht verantworten können, die Genehmigung zu erteilen. Uns kann heute nur angestrengteste Arbeit und Förderung der Produktion vorwärts bringen. Es läßt sich daher nicht mit dem Standpunkt eines gesund denkenden Deutschen vereinbaren, Leute, zum Teil recht jugendlichen Alters, drei Wochen lang ihrem Beruf zu entziehen, um sie auf eine so ausgedehnte Fußballsportreise ins Ausland zu senden. Die Besprechungen mit den Vertretern des Essener Turnerbundes haben ergeben, daß tatsächlich Schwierigkeiten bezgl. der Beurlaubung einzelner Leute bestanden haben; sie mußten durch persönliche Verhandlungen behoben werden. Auch dieser Umstand, daß die maßgeblichen Stellen nicht so ohne weiteres mit der Ausführung der Reise einverstanden waren, läßt uns befürchten, daß vielleicht für das weitere Fortkommen in beruflicher Hinsicht unliebsame Folgen sich ergeben können. Es ist auch nicht unerheblich, daß Spieler die Reise mitmachen, denen zwar Urlaub zugesagt worden ist, die jedoch, trotzdem sie im Angestelltenverhältnis stehen, für die versäumte Zeit keine Entlohnung erhalten. Auch dies war mitbestimmend für die Ablehnung. Da wir letzten Endes auch für die Sicherheit der reisenden Mannschaften verantwortlich sind, die bei der geplanten Fahrt immerhin in Zweifel steht, konnten wir unsere Zustimmung nicht erteilen. Die mit den spanischen Vereinen getroffene Vereinbarung, die übrigens nur im Telegramm bestätigt ist, genügt unserer Ansicht nach nur dann, wenn die Reise ohne Zwischenfälle durchgeführt werden kann. Auch hierin liegt eine Gefahr insofern, als der Verein unter Umständen zu Zubußen gezwungen werden könnte. Wenn wir auch auf dem Standpunkt stehen, daß solche Sportreisen keinen finanziellen Gewinn abwerfen dürfen, so müssen wir doch unsere Vereine und den deutschen Sport vor Verlusten nach Möglichkeit schützen.

*

Der A. u. Sp. Werne bittet uns um Aufnahme folgender Richtigstellung unseres Berichtes in voriger Nr.: Das Resultat lautete nicht 4:1 für Wanz-Baak, sondern das Spiel endete unentschieden 2:2. Bis kurz vor Schluß stand das Spiel noch 2:1 für Werne.

Der W. S. V. zur Scheidung zwischen Turnen und Sport.

Der Vorstand des W. S. V. tagte jüngst unter seinem Vorsitzenden Rechtsanwalt Jersch.

Die Düsseld.-Ztg. berichtet darüber: Grolms referierte ausführlich über die Vorgeschichte des Zwistes zwischen Turnen und Sport und behandelte die Maßnahmen der Sportverbände eingehend. Jersch ergänzte die Ausführungen dahin, daß er den Kern der Differenz herausschälte. Die Sachlage ist die, daß die Deutsche Turnerschaft für sich das Recht beansprucht, alle Leibesübungen unter autoritative Oberhoheit zu bekommen, die Sportverbände (Fußball, Leichtathletik und Schwimmen) dagegen wollen für die von ihnen auf ihre augenblickliche Höhe gebrachten Gebiete bestimmend bleiben, sie wollen, wie es in dem Briefe an die D. T. heißt, die sportlichen Prinzipien ungefährdet wissen. Ohne Frage ist das ihr gutes Recht, denn ebensowenig wie jemals von seiten der Sportverbände den Turnern ein Dreinredenlassen in ihr Fachgebiet (Turnen) zugemutet wurde, sollte die D. T. ein so unberechtigtes Verlangen an die Sportverbände stellen.

Den ersten Schritt zur Scheidung tat der 2. Vorsitzende der D. T., Prof. Lachmeyer in Württemberg, der Fußball organisieren will und den Austritt der Sportabteilungen aus den Fachverbänden bis zum 31. 12. d. J. forderte. In Norddeutschland geschah Aehnliches.

Die Abwehrmaßnahmen der Sportverbände treffen im § 5 auch den Vertrag von 1919, den der W. S. V. mit dem Kreise VIIIb der D. T. geschlossen hatte. Leider waren die Führer dieses Kreises nicht in der Lage, ihre versöhnlichen Ideen bei den übrigen Kreisturnwarten durchzusetzen, den Sport den Sportverbänden, das Turnen der D. T. zu überlassen, das gemeinsame Ziel in friedlicher Zusammenarbeit zu erreichen. Die Fachverbände verlangen ja keineswegs das Ausscheiden der Sportabteilungen aus der D. T., sie dürfen auch an deren sportlichen Veranstaltungen, die ja nicht allzuhäufig sind, teilnehmen, falls die Genehmigung bei den Fachverbänden, die selbstverständlich die technische Durchführung der in ihr Fach fallenden Veranstaltungen zu überwachen in der Lage sein müssen, eingeholt ist. So wars ja auch bislang, ohne das Schwierigkeiten entstanden. Aus diesem Grunde auch ist den Ausübenden in beiden Lagern der Streit innerlich so fremd. Die Sportverbände bedauern, durch die aggressiven Maßnahmen der D. T. zur Abwehr verurteilt zu sein, aber sie glauben zuversichtlich, daß ihr die Einsicht kommen wird, welchen tiefbetrübenden Schaden sie der Sache zufügt. Wie sehr sie dem Gedanken ihrer Gründer dabei ins Gesicht schlagen, wird sich dann praktisch erweisen, wenn es gilt, gemeinsame Interessen durchzusetzen. Hoffentlich wächst sich die Differenz nicht so weit aus, daß getrenntes Schlagen für erforderlich gehalten wird. Das könnten die Urheber nie und nimmer verantworten, und es wäre bei dem gesunden Empfinden der Ausübenden auch eher zu erwarten, daß die selbstherrlichen und machthungrigen Streitrufer von ihrem Thrönchen gestürzt würden.

In welcher Weise die D. T. den Kampf zu führen beabsichtigt, bewies ihr Verhalten bei einer Zusammenkunft, die das preußische Wohlfahrtsministerium, das für die Verwaltung der Leibesübungen zuständig ist, einberufen hat, und die die Gründung eines „Landesbeirats für Jugendpflege und Jugendbewegung" plant. Zu dieser Sitzung wurde kein Vertreter der großen, gerade in der tätigen Jugendpflege unerreicht dastehenden Sportbewegung eingeladen. Auch in den gewählten Ausschuß nahm man niemanden von den Sportlern hinein.